

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2018-2019

- Bericht über Aktivitäten im Zeitraum September 2018 bis August 2019
- Finanzbericht 1.1.-31.12.2018
- Vorschau auf 2020

Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Stand: 21. August 2019

Bestellnr.: 19-9-01

Bildquellen: Germanwatch, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Porträtbilder der Mitarbeitenden und des Vorstands (sofern bei Redaktionsschluss vorliegend und Veröffentlichung erwünscht): privat.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/16763

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick	4
B	Die Basis unserer Arbeit	8
C	Unsere Arbeit	10
	Deutsche und Europäische Klimapolitik	10
	Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas in Deutschland beschleunigen.....	11
	Die EU zur glaubwürdigen Antreiberin des internationalen Klimaschutzes machen.....	14
	Gemeinsame Klima- und Energiesicherheit im erweiterten Europa	16
	Ausblick	17
	Internationale Klimapolitik	20
	Regeln und Institutionen für den Umgang mit Klimafolgen	22
	Internationale Anreize zur Erhöhung der Klimaziele und für 2050-Klimapläne.....	24
	Internationale öffentliche Klimafinanzierung.....	27
	Wirksame und partizipative transformative Partnerschaften.....	28
	Ausblick	31
	Welternährung, Landnutzung und Handel	33
	Tierhaltung grundlegend reformieren und Antibiotikaeinsatz reduzieren	33
	EU-Agrarpolitik neu gestalten	34
	Globale Märkte stärker regulieren.....	35
	Ausblick	36
	Unternehmensverantwortung	38
	Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen.....	38
	Menschenrechte lokal umsetzen, um sie global zu stärken	39
	Fairer Umgang mit Rohstoffen.....	41
	Ausblick	42
	Bildung für nachhaltige Entwicklung	44
	Transformation durch Wissen, Werte und Handeln voranbringen	44
	Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen und strukturell weiterentwickeln	48
	Ausblick	49
	Pressearbeit	51
	Öffentlichkeitsarbeit	53
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen	55
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2018	57

A Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick

Vor Kipppunkten des Klimas und der gesellschaftlichen Entwicklung

Zeichen eines fundamentalen Umbruchs: Geo- und machtpolitisch stecken wir angesichts massiver Herausforderungen in einer Phase großer Unsicherheit. Zugleich sehen wir die „Erneuerbare Energie“, die von einer aktiven Zivilgesellschaft ausgeht. Und wir haben derzeit Mittel wie nie zuvor, um eine bessere Welt für die kommenden Generationen zu gestalten. Die Ökologie-, Friedens- und Solidaritätsbewegung hat seit Jahrzehnten viele negative Tendenzen der Nachkriegsordnung massiv kritisiert. Dazu zählen etwa Rüstungswettlauf und Stellvertreterkriege in Ländern des globalen Südens, eine Weltwirtschaftsordnung, die Ungleichheit zementiert und eine weder sozial noch ökologisch gezügelte Globalisierung. Dass der Westen nicht länger wie bisher die Welt dominiert, ist aus Gerechtigkeitsgründen durchaus begrüßenswert.

Äußerst bedenklich ist jedoch, dass es eine Tendenz hin zu autoritären Regierungen gibt; dass Demokratie, Zivilgesellschaft und Menschenrechte unter Druck geraten; dass Akteure wie Xi Jinping in China und Putin in Russland oder Erdogan in der Türkei versuchen zu zeigen, sozialökonomische Entwicklung sei auch in autoritären Regimen dauerhaft möglich; dass rechtspopulistische Akteure im Westen – Donald Trump und Boris Johnson sind zwei Beispiele dafür – gezielt mit Lügen Politik machen; dass wichtige Regierungen – etwa in den USA und Brasilien – viel daran setzen, die Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens zu torpedieren; dass die Umsetzung der 2015 in New York beschlossenen Globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) nur sehr partiell vorankommt.

Historiker_innen wie der Australier Christopher Clark ziehen gar Parallelen zu der Zeit großer Instabilität und Verunsicherung vor dem ersten Weltkrieg. Damals entwickelte sich aus vergleichbaren nationalen Herausforderungen und Diskursen durch einen kleinen Anlass ein katastrophaler Flächenbrand. Dem ersten Weltkrieg folgte ein noch verheerenderer Zweiter Weltkrieg. Die Umsetzung der Menschenrechte, eine internationale Friedensarchitektur der Vereinten Nationen (UN) und dann eine Abrüstungspolitik verringerten das Ausmaß von Krieg in den meisten Teilen der Welt und ganz besonders in Europa. Undenkbar, was ein neuer "großer" Krieg bei heute immer noch existierenden 14.000 Atomsprengköpfen bedeuten würde. Die Aufkündigung des Atomwaffensperrvertrags durch die USA vor dem Hintergrund laufender Verstöße Russlands gegen den Vertrag macht die Welt unsicherer.

Eine Zeit der Kipppunkte?

In komplexen Systemen mit Rückkopplungen vollzieht sich der Wandel zu einem neuen Systemzustand nicht immer in kleinen, kaum bemerkbaren Schritten. Bisweilen wandelt sich das System, an sogenannten Kipppunkten, stark und auf absehbare Zeit nicht umkehrbar. Im Klimasystem wird befürchtet, dass über einer globalen Überhitzungsschwelle von 1,5°C die Wahrscheinlichkeit stark steigt, dass etwa der Permafrostboden in der Arktis, die artenreichen Korallen in den Meeren, das Schmelzen der gigantischen Eisplatten in Grönland und in der Westantarktis in einen neuen Zustand kippt – mit dramatischen Konsequenzen für Mensch und ökologische Mitwelt. Immer mehr Menschen spüren: Wir stehen nicht mehr vor der Klimakrise und dem Artensterben, nein, wir stecken schon mittendrin. Die Verlässlichkeiten des Holozäns, jener 11.000 Jahre, in denen die Hochzivilisationen in stabilem Klima entstanden sind, haben wir verlassen. Jetzt geht es um jedes Zehntelgrad, um mögliche (irreversible) Kipppunkte im Erdsystem nicht zu überschreiten. Der Mensch hat sich über seine Mitwelt gestellt und das vom Menschen dominierte Erdzeitalter, das Anthropozän, eingeläutet.

Auch in sozialer Hinsicht gibt es Kipppunkte: Nach Jahrzehnten kaum sichtbarer Veränderungen vollziehen sich rapide Umbrüche. Es mehren sich die Anzeichen, dass wir auch gesellschaftlich auf eine solche Transformation zusteuern. In einer Welt, in der die 26 reichsten Personen mehr Vermögen besitzen, als die Hälfte der Weltbevölkerung, wächst in den meisten Staaten die soziale Ungleichheit und entstehen disruptive Entladungen, die den auf Abschottung setzenden Nationalisten und Rechtspopulisten verstärkt Zulauf bringen. Auch in Deutschland ist insbesondere die Ungleichheit der Vermögen stark gewachsen.

Die letzten Monate und vor allem die Europawahlen haben aber auch deutlich gemacht, dass sich etwas Bemerkenswertes abzeichnet im gesamtgesellschaftlichen Diskurs bei uns im Land und auch in einigen europäischen Nachbarstaaten: Die Zukunft, der Zusammenhalt und das Klima stehen auf einmal ganz oben bei den wichtigsten Themen. Und es sind nicht nur die vielen jungen Menschen, die sich auf der Straße oder im Netz mit Protest lautstark zu Wort melden.

Zeit, Bilanz zu ziehen

Für diese Ziele setzen wir uns seitens Germanwatch seit bald 30 Jahren aktiv ein. Um die notwendigen Veränderungen einzufordern, haben wir zum Beispiel vom „Entwicklungsland Deutschland“ gesprochen. Immer unter dem Aspekt der globalen Gerechtigkeit, des fairen Nord-Süd-Ausgleichs, aber auch der Gerechtigkeit in Deutschland und in der Europäischen Union.

Mit unserer Kampagne „Rio Konkret“ drängten wir bereits kurz nach unserer Gründung darauf, dass die von Deutschland auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Juni 1992 gesetzten Ziele eingehalten werden. Es ist heute Zeit, innezuhalten und zu bewerten: *Was ist uns gelungen? Was nicht?* Erfolgreich war die Kampagne zum Ziel der Entschuldung der Länder des globalen Südens, auch wenn Rückschläge nicht ausgeschlossen sind. Nur sehr begrenzt gab es Fortschritte dabei, die Zusagen für die internationale Entwicklungsfinanzierung einzuhalten. Beim Klimathema gelang es zwar, dieses auf der politischen Agenda zu haben und vor allem im Bereich Erneuerbare Energien in der Stromversorgung wirkliche Fortschritte zu machen – doch bereits die damals zugesagten deutschen Klimaziele für 2005 wurden verpasst. Schon damals gab es eine Reihe von zukunftsorientierten Unternehmen, die sich darüber ärgerten, dass Deutschland auf Druck ihrer eigenen Interessensvertretung mit zu wenig Klimaschutz die Zukunft aufs Spiel setzte. Doch damals ließ sich gegen die Lobbykraft der großen Wirtschaftsverbände und der Industriegewerkschaften der notwendige Wandel nur punktuell durchsetzen. Germanwatch hat seitdem systematisch mit zukunftsorientierten Unternehmen und Gewerkschaftsakteuren kooperiert, um mit ihnen gemeinsam Zukunftsblockaden aufzubrechen.

Wir freuen uns heute natürlich, dass der Fokus „Klima und Entwicklung“ endlich ganz oben auf der politischen Agenda steht, und dass sich alte Fronten langsam aufweichen: dass neben der IG BAU auch ver.di jetzt Mitglied der Klima-Allianz Deutschland geworden ist; oder dass wir mit dem Verband der Chemischen Industrie darüber verhandeln, wie für die chemische Industrie Treibhausgasneutralität bis 2050 erreicht werden kann.

Mit der erneuerbaren Triebkraft der Zivilgesellschaft die notwendigen Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Technologie verankern

'Triebkraft der Veränderungen' ist die sich erneuernde Kraft der Zivilgesellschaft: wichtig dabei die unmissverständlichen Aussagen der Wissenschaft zu den eng miteinander verwobenen Klima- und Biodiversitätskrisen; es sind die Proteste, die – vom Hambacher Wald bis zu Fridays for Future – den Handlungsspielraum für Politik und Wirtschaft vergrößern. Auch Religionsgruppen spielen oft eine konstruktive Rolle.

Die zunehmenden Gefahren der Klimakrise sowie die Chancen der notwendigen Transformation erlauben es auch immer mehr Unternehmen aus Industrie, Handel und Finanzwirtschaft ihre Interessen neu zu sortieren und Schritte in Richtung klimafreundliche Investitionen und Strategieentwicklung zu gehen. Wir als Germanwatch können den durch die Proteste erweiterten Spielraum nutzen, um als „Lotsen“ die neuen Programme von Politik und Wirtschaft zu unterstützen. In den letzten Monaten haben wir in der Klima-Allianz, beim Dachverband der Entwicklungsorganisationen VENRO und im Dachverband der Umweltorganisationen DNR die Positionierung zum Klimathema mit vorangetrieben und versucht, ein gutes Verständnis zwischen beiden Rollen der Zivilgesellschaft zu befördern: einerseits durch Proteste und Aktivitäten den Handlungsspielraum von Regierungen, Parlamenten und Wirtschaft zu erhöhen. Andererseits ist nicht damit zu rechnen, dass die Erkenntnisse plötzlich wie der Blitz in die Logik der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme sausen und diese umgestalten. Deshalb braucht es die Zivilgesellschaft auch als Lotsin gegenüber Politik, Wirtschaft und Technologien, um mit innovativen und durchdachten Vorschlägen dazu beizutragen, diesen Handlungsspielraum im Rahmen des Möglichen zu nutzen.

Gemeinsam mit der Klimaallianz, mit vielen großen Unternehmen und der Stiftung 2 Grad hat Germanwatch schon während der Koalitionsverhandlungen Druck für progressiven Klimaschutz entwickelt, aber auch im Dialog mit vielen politischen Entscheidungsträger_innen und Unternehmen wie Bosch, Allianz, Munich Re oder BASF die Transformationsbemühungen im Detail unterstützt.

Das Klimakabinett der Bundesregierung muss nun, wenige Tage nach Veröffentlichung dieses Rechenschaftsberichts, liefern: Es geht dabei um einen Beschluss im Klimakabinett für ein Klimaschutzgesetz, ein Umsetzungspaket, einen wirkungsvollen und sozial gerechten CO₂-Preis sowie eine Rahmensetzung für den Finanzmarkt noch in diesem Jahr. Im kommenden Jahr sollten dann ähnlich ambitioniert Rahmensetzungen für die Umsetzung der Menschenrechte und die Transformation der Landwirtschaft vorangetrieben werden.

Wir sind überzeugt: Wenn die Zivilgesellschaft langen Atem beweist, werden wir eine Menge um- und durchsetzen können. Auch gesellschaftlich könnten wir vor einem Kipppunkt stehen, wo sich ab einem gewissen Zeitpunkt die Wende selbst zu beschleunigen beginnt. Die 2015 verabschiedeten globalen Nachhaltigkeits- und Klimaziele liefern dafür einen guten Kompass. Wir werden unsere Rolle dabei spielen, damit Mut und Lust auf eine bessere Welt stärker werden als die Verlustängste verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Notwendige Veränderungen in einer sich polarisierenden Gesellschaft

Allerdings sollte uns die Brisanz der gegenwärtigen Situation bewusst sein. Sie ergibt sich daraus, dass immer mehr Kräfte in diesem Land, aber auch in vielen europäischen Nachbarländern, heute die Perspektive teilen, dass ein Weiter-so-wie-bisher nicht mehr akzeptabel ist. Sie ziehen aber diametral unterschiedliche Konsequenzen daraus. Die einen wollen Mauern um ihr Land und ihre eigenen Gebäude ziehen. Sie leugnen oder verharmlosen die großen Probleme, die sich nur durch Kooperation lösen lassen, etwa die Klimakrise oder die massive Kluft zwischen Arm und Reich in den meisten Nationen. Die anderen hingegen wollen die notwendige Transformation in ihrem Land und lokale sowie internationale Kooperation in einer Größenordnung vorantreiben, die der der Krisen entspricht, die unseren Planeten in einen gefährlichen Abwärtsstrudel ziehen könnten. Sie befürchten über die direkten Konsequenzen der Krisen hinaus, dass sonst eine Entwicklung droht, die eine ganze Generation in die Frustration treibt.

Die Parteienlandschaft wird vor diesem Hintergrund durcheinander gerüttelt. Die Grünen haben bei der EU-Wahl enormen Zuspruch erfahren, sind in Deutschland bei den unter Sechzigjährigen die stärkste Partei geworden. Die traditionellen Volksparteien dagegen haben verloren und sind sehr verunsichert. Zugleich haben in Europa rechte und populistische Parteien vermehrt Zulauf.

Wie geht es nun weiter? Wie positionieren sich verschiedene Gesellschaftsgruppen und die Industrie? Was bringt die Politik nun wirklich auf den Weg – in Deutschland, aber gerade auch in Europa mit dem neuen Europaparlament und einer neuen EU-Kommission? Welche der erforderlichen neuen Umsetzungs-Allianzen – national, europaweit und international – werden mit Bezug auf die menschenrechtsorientierten SDGs und das Pariser Klimaabkommen angestoßen?

Was haben wir im vergangenen Jahr mit unserem ausdauernden und immer wieder wirkungsvollen Engagement für den Schutz der Grenzen des Planeten, der ökologischen Lebensgrundlagen und der Verwirklichung der Menschenrechte durch den Einsatz für mehr Gerechtigkeit bewegt? Was können wir weiterhin bewegen?

Unser Rechenschaftsbericht gibt einige konkrete Antworten auf diese Fragen. Außerdem zeigt er, wie gleichzeitig strategisch und vielfältig unsere Teams an der Umsetzung der gemeinnützigen Ziele arbeiten, für die sich Germanwatch einsetzt. Der Bericht zeigt dabei auch die Vielfalt und die Konsistenz der Aktivitäten von Germanwatch auf Team- und Organisationsebene.



**Mitarbeitende und Vorstandsmitglieder von Germanwatch bei der Frühjahrsklausur 2018 in Bielefeld.
(Foto: Valentin Pflieger)**

B Die Basis unserer Arbeit

Der Erfolg von Germanwatch ruht auf den Schultern von vielen Menschen, die dabei unterschiedliche Verantwortung und Rollen übernehmen. Gemeinsam mit Mitgliedern und Förderern sowie haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen konnte Germanwatch in den vergangenen zwölf Monaten erneut wichtige Akzente setzen: im Einsatz gegen die globale Klimakrise, für die Umsetzung der 2030-Agenda mit ihren globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung, im Engagement gegen eine industrielle Tierhaltung, die Mensch und ökologische Mitwelt gefährden, und für klare Regeln für Unternehmen, damit diese besser als bisher ihrer Verantwortung für Menschenrechte und Ressourcenschonung gerecht werden.

Unsere Mitglieder und Spender_innen

Zu Germanwatch gehören aktuell 779 Mitglieder, darunter 398 stimmberechtigte Mitglieder, 372 Fördermitglieder und 9 Ehrenmitglieder (Stand 12.08.2019).

Tabelle: Mitgliederentwicklung seit 2009

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
494	535	560	575	603	600	632	644	675	709	779

Neben den Mitgliedern gibt es einen noch größeren Kreis von Menschen, die Germanwatch auf anderen Wegen unterstützen: finanziell mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen oder durch aktive Mitarbeit in der ein oder anderen Form. Das nicht antragsgebundene Geld der Mitglieder und Spender_innen sichert ganz besonders unsere Unabhängigkeit und den langen Atem der Organisation. Wir möchten uns bei ihnen dafür bedanken, dass die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen auch 2018 wieder einen neuen Höchststand erreichten. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Kapitel E (Finanzbericht) gesondert vorgestellt.

Mitarbeiter_innen und Vorstand

Die Umsetzung der gemeinnützigen Ziele von Germanwatch, der Projekte und des öffentlichen Auftritts liegt vor allem in den Händen der Mitarbeiter_innen der beiden Büros in Bonn und Berlin sowie des ehrenamtlichen Vorstands.

Als Resultat der erfolgreichen Akquise von zusätzlichen Projektmitteln und wachsenden Einnahmen durch Spenden und Mitgliedsbeiträge konnte die Anzahl der Mitarbeiter_innen auf mittlerweile 70 gesteigert werden. Der Vorstand dankt allen Mitarbeiter_innen herzlich, die nicht nur unsere Themen wirkungsvoll vorangebracht, sondern dies auch in einem sehr angenehmen Miteinander geleistet haben.

Einen weiteren regelmäßigen und wichtigen Beitrag zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch leisten außerdem ehrenamtliche Mitarbeiter_innen, Praktikant_innen, Honorarkräfte sowie Teilnehmer_innen an Freiwilligen-Programmen. Auch ihnen allen einen herzlichen Dank vom Vorstand.

Die Geschäftsführung liegt seit 2005 zuverlässig in den Händen von Christoph Bals und Dr. Gerold Kier. Der Vorstand möchte ihnen an dieser Stelle danken, insbesondere für ihre Umsicht und ihren strategischen Weitblick, tatkräftig und wirkungsvoll unterstützt von ihren Assistentinnen Katharina Hierl und Judit Mays sowie im Bereich der Projektakquise- und Kommunikation von Dr. Katrin Planta – ein wichtiger Garant für unseren Erfolg.

Der Vorstand tagt im Abstand von rund zwei Monaten und bringt sich auch darüber hinaus in seinem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit und öffentliche Präsenz von Germanwatch ein. Der Vorstandsvorsitzende nimmt dabei in besonderer Weise hochrangige Lobby- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Während Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung von Germanwatch statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

Germanwatch-Vorstand

	Klaus Milke Vorstandsvorsitzender		Silvie Kreibiehl Stellvertretende Vorstandsvorsitzende		Michael Windfuhr Schatzmeister
	Sven Harmeling Vorstandsmitglied		Ingmar Jürgens Vorstandsmitglied		Anne-Kathrin Kirchhof Vorstandsmitglied
	Prof. Dr. Stefanie Lorenzen Vorstandsmitglied		Prof. Dr. Reinhard Loske Vorstandsmitglied		Dr. Klemens van de Sand Vorstandsmitglied
	Silke Schnellhardt (ab 01/2019) Assistentin des Vorstandsvorsitzenden		Maria Rudolph (bis 12/2018) Assistentin des Vorstandsvorsitzenden		

Geschäftsführung

	Christoph Bals Politischer Geschäftsführer		Dr. Gerold Kier Administrativer Geschäftsführer		
	Katharina Hierl Assistentin der Politischen Geschäftsführung		Judit Mays Assistentin der Administrativen Geschäftsführung		Dr. Katrin Planta Referentin Projektakquise und -kommunikation

Unentgeltlich tätige Mitarbeiter

	Dr. Ludger Reuke Referent für Entwicklungspolitik		Dr. Will Frank Berater für Klimarecht		Dr. Winfried Zacher Berater für Klima & Gesundheit
---	--	---	---	--	---

C Unsere Arbeit

Die inhaltliche Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich in fünf Felder, die wir mit entsprechenden Teams bearbeiten: 1. Deutsche und Europäische Klimapolitik, 2. Internationale Klimapolitik, 3. Welternährung, Landnutzung und Handel, 4. Unternehmensverantwortung sowie 5. Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die beiden Klimateams sind bislang die größten politischen Teams. Deshalb sind die Berichte dieser Teams auch im Vergleich umfassender.

Dabei haben wir übergreifend globale umwelt- und entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine nachhaltige Strukturpolitik und die menschenrechtsbasierte Umsetzung der 2030-Agenda (SDG) im Blick. Gerechtigkeit auf globaler und zunehmend auch innerstaatlicher Ebene, das Respektieren der Menschenrechte und der Erhalt der Lebensgrundlagen sowie der Schutz der Grenzen des Planeten und unserer Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein. In diesem Bericht stellen alle Teams gerade deshalb auch den Bezug ihrer Arbeit zur Gerechtigkeitsfrage dar, nachdem wir im letztjährigen Bericht den Bezug zu den Menschenrechten in den Mittelpunkt gestellt hatten. Wie in den vergangenen Jahren haben wir zu einigen Themen intensiv teamübergreifend gearbeitet.

Deutsche und Europäische Klimapolitik

2019 ist Klimajahr. Der Klimawandel ist endlich Topthema der Politik. Seit 2019 wird zu Recht immer häufiger von Klimakrise statt von Klimawandel, von globaler Erhitzung oder Überhitzung statt Erwärmung gesprochen. Die EU-Wahlen zeigen: Plötzlich können Wahlen wegen Klimapolitik gewonnen oder verloren werden. Nach dem Dürresommer 2018 und dem im selben Jahr veröffentlichten Sonderbericht des Weltklimarats IPCC zu den Auswirkungen einer globalen Erwärmung von 1,5°C hat sich auch in Deutschland mit Fridays for Future eine für viele überraschend starke Jugendklimabewegung etabliert. Weiter angefacht wird der Protest der Jugend vom Streit um den Kohleausstieg und Deutschlands aktuellem Versagen beim Erreichen der Klimaziele.

Der Erfolg der Fridays-for-Future-Bewegung öffnet neue politische Handlungsspielräume. Die von Germanwatch sowie anderen Umwelt- und Entwicklungsverbänden über viele Jahre aufgebauten Allianzen für Klimaschutz mit anderen gesellschaftlichen Akteuren – etwa Unternehmen, Gewerkschaften, religiösen Akteuren – können nun eine zentrale Rolle dabei spielen, die beschleunigte klimapolitische Debatte in tatsächlich beschleunigtes Handeln umzusetzen. Hier liegt ein wichtiges Feld für die strategische Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organisations, NGOs) im Umwelt- und Entwicklungsbereich, gerade Germanwatch hat hier Stärken. Es gilt nun, den vergrößerten Handlungsspielraum für konkrete Entscheidungen für politische Rahmensetzungen und neue Geschäftsmodelle zu nutzen.

Es geht dabei um nichts anderes, als einen neuen Gesellschaftsvertrag auf den Weg zu bringen, der die Klimakrise so eindämmt, dass auch für künftige Generationen auf diesem Planeten ein gutes Leben möglich ist. Dazu bedarf es eines neuen Klimaschutzgesetzes, eines Umsetzungspakets, eines wirkungsvollen CO₂-Preises und verschärfter Klimaziele, wie sie im Pariser Klimaabkommen zugesagt wurden. Diese einmalige Chance ist der Auftrag an das Team Deutsche und Europäische Klimapolitik (DEK) bei Germanwatch. Dabei wollen wir uns auch dafür einsetzen, dass der notwendige beschleunigte Umbau der Wirtschaft nicht zu neuen sozialen Problemen und gesellschaftlichen Gräben führt. Für diese Ziele waren wir im vergangenen Jahr besonders in folgenden Bereichen aktiv.

Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas in Deutschland beschleunigen – sozial gerecht und an den Zielen des Pariser Abkommens orientiert

Ein ambitioniertes Kohleausstiegs- & Klimaschutzgesetz

Germanwatch hat im letzten Jahr gemeinsam mit Bündnispartner_innen wie der Klima-Allianz Deutschland und dem Deutschen Naturschutzring durch zahlreiche Aktivitäten die Arbeit der sogenannten Kohlekommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ begleitet. Durch intensive Gespräche mit Ministerien, politischen Entscheidungsträger_innen sowie anderen Verbänden, die in der Kommission vertreten waren, durch Briefe, Pressearbeit und viel strategische Abstimmung zwischen den Umweltverbänden konnte der abschließende Kompromiss zum Ausstieg aus der Kohleverstromung mit ermöglicht werden. Wir haben auch die Proteste aus der Breite der Gesellschaft gegen die Kohleverstromung und insbesondere um den Hambacher Wald unterstützt. Zum Beispiel mit einer Aktion von Prominenten, die Baumpatenschaften im Wald übernommen haben.

Der Kohlekompromiss ist ein Meilenstein. Man muss nur daran denken, dass bis 2015 das Thema Kohleausstieg in CDU/CSU, SPD und FDP ein Tabu war. Dennoch ist auch klar, dass ein Ausstiegszeitraum 2035-2038 und die Geschwindigkeit des Ausstiegs nicht ehrgeizig genug sind für den deutschen Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise. In den Kompromiss haben die Vertreter_innen der Umweltverbände darum Überprüfungsjahre hineinverhandelt, durch die der Ausstiegspfad von der Politik beschleunigt werden kann. Und diese Chance werden wir nutzen. Das erste Revisionsjahr ist 2023. Schon dort sollte der Kohleausstieg möglichst nah an 2030 herangerückt werden. Gleichzeitig ist uns die soziale Frage beim notwendigen Strukturwandel, in diesem Fall dem Kohleausstieg, wichtig. Mit den im Kohlekompromiss beschlossenen Strukturmaßnahmen bietet sich die Chance, erfolgreich zu zeigen, wie den Interessen der Menschen in den Kohleregionen unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten entsprochen werden kann, sodass sich neue Perspektiven für Menschen und Regionen ergeben. Deshalb setzt sich Germanwatch dafür ein, dass die energiepolitischen Zielsetzungen in einem entsprechenden Ausstiegsgesetz eins zu eins umgesetzt und zugleich die Gelder aus dem Strukturstärkungsgesetz entsprechend den UN-Nachhaltigkeitszielen in den Regionen verwendet werden.

Zweites großes Thema ist derzeit das Klimaschutzgesetz mit einem Maßnahmenprogramm 2030, damit Deutschland bis dahin endlich wieder auf Klimazielerreichungskurs kommt. Germanwatch hat sich hier intensiv eingebracht und meist im Verbund mit anderen Akteur_innen der Zivilgesellschaft Programme und Vorschläge erarbeitet. So haben wir im November 2018 die auch in den Regierungsparteien vielbeachtete Publikation „Wann, wenn nicht jetzt: Das Maßnahmenprogramm Klimaschutz 2030 der deutschen Zivilgesellschaft“¹ der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin sind konkrete sektorspezifische und sektorübergreifende Klimaschutzmaßnahmen und -instrumente – weit über den Stromsektor hinaus – für die Bereiche Industrie, Verkehr, Energie, Gebäude, Landwirtschaft sowie Finanzmarkt und CO₂-Bepreisung enthalten. Denn um die fortschreitende Erhitzung einzudämmen und Klimaschutz ökonomisch effizient zu gestalten, brauchen wir ernsthafte Beiträge in allen Sektoren.

CO₂-Bepreisung in Deutschland und Europa

Die mittel- und langfristigen Klimaziele sind ohne ein handlungsleitendes CO₂-Preissignal kaum erreichbar. Denn eine CO₂-Bepreisung stellt fairen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Energieformen her und lenkt Investitionen in emissionsarme und zukunftsfähige Technologien, Infra-

¹ www.germanwatch.org/de/16247

strukturen und Prozesse. In Deutschland führt das bisherige System mit einem Europäischen Emissionshandel mit hohen Zertifikatsüberschüssen und volatilen CO₂-Preisen einerseits und nicht zielgerichteten Umlagen, Abgaben und Steuern andererseits, nur zu schwachen Anreizen für Investitionen in CO₂-armen Wirtschaften. Und diese werden durch komplexe Ausnahmeregelungen noch weiter verwässert und durch Subventionen für fossile Energien untergraben.

Deswegen setzt sich Germanwatch für die Einführung investitionsrelevanter CO₂-Preise in möglichst allen Sektoren in Deutschland ein und hat die entsprechende Debatte in den vergangenen Monaten durch eine Vielzahl von Aktivitäten maßgeblich vorangetrieben. Unter anderem hat Germanwatch hier die Koordinierungsfunktion der Zivilgesellschaft übernommen. So bildet Germanwatch das Sekretariat der „CO₂-Preisrunde“, an der Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftseinrichtungen und einzelne Wirtschaftsakteure teilnehmen.

Germanwatch steht zum Thema CO₂-Bepreisung im Austausch mit Mitgliedern des Deutschen Bundestags und Vertreter_innen der verschiedenen Bundesministerien. Wir wurden zudem mehrfach als Sachverständige zu Diskussionen im Deutschen Bundestag geladen. Eine im Juli 2019 veröffentlichte große Germanwatch-Studie zeigt auf, dass weltweit CO₂-Preise vorankommen und Deutschland hier den Anschluss nicht verlieren sollte.²

Germanwatch hat sich mit großen Sozialverbänden und einer Gewerkschaft zusammengetan und die Forderung nach einer ambitionierten CO₂-Bepreisung in einem gemeinsamen Brief an die Parteien adressiert.³ Gemeinsam mit der Stiftung Neue Energie und dem Verein CO₂-Abgabe haben wir im Juni 2019 eine dimap-Umfrage⁴ veröffentlicht, die verdeutlicht, dass eine CO₂-orientierte Steuerreform großen Rückhalt in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung hätte und die Menschen in Ost- und Westdeutschland ein sehr hohes Engagement der Politik beim Klimaschutz wollen.

Daneben engagiert sich Germanwatch im konstruktiven Austausch mit Wirtschaftsunternehmen beim Thema CO₂-Bepreisung. Hierfür haben wir u.a. mit der Stiftung 2° und BAUM e.V. im September 2018 ein Wirtschaftssymposium mit zentralen Unternehmen organisiert. Zudem hat Germanwatch große europäische Stromversorger bei der Erstellung einer Unternehmenserklärung sowie bei der Veröffentlichung einer Studie zu CO₂-Mindestpreisen und Steuern im November 2018 unterstützt. Mit zentralen Wirtschaftsakteuren wie der Allianz, der Munich Re oder BASF, Bosch und Sick hat Germanwatch immer wieder Austausch zu ihrer klimabezogenen Transformation und der Rolle eines CO₂-Preises oder anderer klimapolitischer Rahmensetzungen geführt.

Wo nötig, Um- und Ausbau der Stromnetze zur Integration von Erneuerbaren Energien

Germanwatch hat über viele Jahre hinweg an den regelmäßigen Konsultationen zu den Netzentwicklungsplänen teilgenommen und kontinuierlich gefordert, dass die Szenarien ambitionierten Klimaschutz umsetzen. Mit dem Netzentwicklungsplan, der im Laufe des vergangenen Jahres erarbeitet wurde, hat diese Forderung nun erstmals Früchte getragen und in allen drei Szenarien wurden ambitionierte Anteile von erneuerbaren Energien und ein mit dem Sektorenziel 2030 kompatibles CO₂-Emissionsziel vorgesehen.

Germanwatch hat außerdem den Diskurs zur Notwendigkeit des Um- und Ausbaus des Stromnetzes in verschiedenen Formaten mit Bürgerinnen und Bürgern in betroffenen Regionen intensiv weitergeführt. Auch die Aktivitäten in der Renewables Grid Initiative wurden verstetigt. Dabei sei

² www.germanwatch.org/de/16704

³ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimaschutz-tauwetter-fuer-einen-co2-preis-sozialverbaende-und-verdi-fordern-schnelle-einfuehrung/24404498.html>

⁴ www.germanwatch.org/de/16543

besonders auf eine neue Deklaration zum Meeresschutz bei der Verlegung von Seekabeln hingewiesen.⁵

Germanwatch erforscht mit Partnerorganisationen, wie eine optimale Netzstruktur für die Energiewende aussieht und wie sich diese in eine europäische Energiewende einfügt.⁶ Das heißt, dass wir Innovationen nicht nur auf ihre Umwelt- und Klimaverträglichkeit abklopfen, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit hohe Beachtung schenken. So wird im Norden Deutschlands ein „Energiekosmos“ entstehen, in dem das Netz der Zukunft erprobt wird. Germanwatch entwickelt dafür eine Partizipationsstrategie, damit sich Menschen vor Ort besser als bisher einbringen können.

Digitale Energiewende in Einklang bringen mit Demokratie und Menschenrechten

Gemeinsam mit neun anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus der Nachhaltigkeits- und Technologieszene (zum Beispiel Chaos Computer Club, Open Knowledge Foundation, Technische Universität Berlin, Brot für die Welt) hat Germanwatch am 17. und 18. November 2018 die „Bits & Bäume“ – die Konferenz für Digitalisierung und Nachhaltigkeit – in Berlin organisiert. Zwei Tage lang haben circa 2.000 Teilnehmende in fast 200 verschiedenen, sorgfältig ausgewählten Programmpunkten gelernt, genetzt, diskutiert und entwickelt.

Schwerpunktthemen waren die materielle Basis der Digitalisierung, alternatives Wirtschaften, Umwelt- und Netzpolitik, Verbraucher_innenschutz, digitale Infrastrukturen sowie Grundsatzfragen, zum Beispiel zu einer demokratischen und gerechten Gesellschaftsordnung in Zeiten der Digitalisierung. Die zentrale Rolle der Digitalisierung für die Zukunft von Demokratie und einer lebendigen Zivilgesellschaft wurde dabei ebenso deutlich wie die Notwendigkeit der politischen Gestaltung, damit die Risiken für Menschenrechte und Umwelt begrenzt werden können. In der, in ein völlig neues Lichtkonzept getauchten TU Berlin, wurden Projekte und Kampagnen geplant, Computerprogramme geschrieben und gemeinsame politische Forderungen entwickelt – unter anderem zur sozial-ökologischen Zielsetzung der Digitalisierung, zum Datenschutz und der Kontrolle von Monopolen, zur IT-Sicherheit oder zur Langlebigkeit von Soft- und Hardware.



**Repräsentant_innen der Bits & Bäume-Konferenz präsentieren politische Forderungen.
(Foto: Santiago Engelhardt)**

⁵ https://renewables-grid.eu/fileadmin/user_upload/MGD-MarineGridDeclaration-2019_new.pdf

⁶ <https://www.kopernikus-projekte.de/projekte/neue-netzstrukturen>

Germanwatch hat neben der Konferenzorganisation mit einer Vielzahl von Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops die beiden Tage gestaltet. Die Bandbreite unserer Beiträge war groß: von den Entwicklungen der Digitalisierung im Bereich der Landwirtschaft über die Potenziale und Risiken der "Blockchain"-Technologie für lokale Energiegenossenschaften bis hin zu Gestaltungsmöglichkeiten für das Energienetz der Zukunft. Wir haben ein Podium zum Thema „Energiewende und Datenschutz“ organisiert und eine interaktive Standfläche im Forum der Konferenz gestaltet, um unsere Arbeit zur zukunftsfähigen Digitalisierung vorzustellen. In einem Workshop haben wir uns zudem mit gemeinwohlorientierter digitaler Lobbyarbeit auseinandergesetzt.

Videos, Forderungen und weitere Informationen zur Konferenz „Bits & Bäume“:

Von vielen Veranstaltungsformaten auf der Konferenz existieren **Videoaufzeichnungen**:
<https://media.ccc.de/c/bub2018>

Die gemeinsam entwickelten **politischen Forderungen** der zehn Trägerkreisorganisationen können hier abgerufen werden: <https://bits-und-baeume.org/forderungen/de>

Steckbriefe mit Ergebnissen der Workshops, an denen Germanwatch-Mitarbeiter_innen beteiligt waren, finden Sie unter: www.germanwatch.org/de/digitalisierung-steckbriefe

Weitere Informationen zur Konferenz finden Sie auf der **Konferenzwebsite**
<https://bits-und-baeume.org/de> oder auf **Twitter** unter #bitsundbaeume.

Der Geist und die Forderungen der „Bits & Bäume“ werden weitergetragen. So fand beispielsweise am 23. Mai 2019 eine „Bits & Bäume Dresden“ statt. Am 3. Juli erschien das Buch „Was Bits & Bäume verbindet“ mit Beiträgen von Germanwatch im oekom-Verlag sowie online Open Access. Über fünfzig Autor_innen geben in diesem Werk Denk- und Handlungsanstöße für eine sozial-ökologische Transformation in digitalen Zeiten. Germanwatch hat sich im zurückliegenden Jahr zu verschiedenen Anlässen immer wieder mit Vorträgen, Workshops, Diskussionen und kritischen Kommentaren in die Debatten um eine zukunftsfähige Digitalisierung eingebracht.

Die EU zur glaubwürdigen Antreiberin des internationalen Klimaschutzes machen – Klimapolitik als Integrationsanker stärken

Anhebung der EU-Klimaziele für 2030 und 2050

Die Europäische Union ist beim Thema Klimaschutz im vergangenen Jahr vorangekommen – wenn auch noch nicht ausreichend. Das Europaparlament und eine Reihe von Mitgliedsstaaten fordern inzwischen eine Anhebung des zu niedrigen Emissionsreduktionsziels für 2030. Auch in der Europäischen Kommission gibt es in diese Richtung Bewegung. Zudem läuft der Prozess, das 2050-Emissionsziel der EU anzuheben. Bei diesen Entwicklungen hat Germanwatch im Verbund mit Partner_innen in Brüssel und anderen EU-Ländern intensiv mitgewirkt. Unsere Aufgabe dabei: Sichtbarmachen der in der EU laufenden Ambitionsdebatten in Deutschland. Denn insbesondere Deutschland war im vergangenen Jahr lange Zeit das einflussreichste Bremserland beim EU-Klimaschutz.

Diese Situation hat sich im Frühsommer 2019 ein gutes Stück weit verändert, als Angela Merkel ankündigte, eine Anhebung des EU-Klimaziels für 2050 zu unterstützen. Damit reagierte sie auf die vielfache Kritik nicht nur aus der Wissenschaft und Zivilgesellschaft, sondern auch von Unternehmen. Germanwatch hat diese Kritik der deutschen Bremserrolle und die Bereitschaft zu ernsthafte-

rem Handeln an vielen Stellen durch Koordinierung von Akteuren und anderweitig unterstützt und damit sichtbar gemacht. Zudem haben wir im Dachverband Climate Action Network Europe mit den europäischen Partnerorganisationen zusammen Strategien erarbeitet, wie die EU mit angehobenen Klimazielen und starken Umsetzungsmaßnahmen zu einer international glaubwürdigeren Akteurin wird.

Wir unterstützen dabei aktiv die Familien, die von der EU auf dem Klageweg den Schutz ihrer Grundrechte durch eine Verschärfung der 2030-Klimaziele einklagen. Der von Germanwatch unterstützte People's Climate Case⁷ reiht sich ein in ein Phänomen, das als Klimaprozesslawine bezeichnet wird. Germanwatch selbst ist nicht als Klägerin involviert, begleitet dieses Phänomen aber seit mehreren Jahren.

Der People's Climate Case ist ein juristischer Präzedenzfall in der EU. Sein Erfolg entscheidet sich dabei nicht ausschließlich im Gerichtssaal, sondern bemisst sich auch danach, inwieweit es gelingt, öffentlichkeitswirksame Impulse im politischen und juristischen Diskurs zu setzen und so mittelbar zur Stärkung des Klimaschutzes beizutragen. Dies ist dem People's Climate Case, auch mit Unterstützung von Germanwatch, gelungen: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Klage am 08.05.2019 zwar als unzulässig abgewiesen, die klagenden Familien haben sich über die vergangenen Monate hinweg in der Öffentlichkeit aber immer wieder und deutlich vernehmbar zu Wort gemeldet und den Schutz ihrer vom Klimawandel betroffenen Grundrechte, insbesondere den Schutz der Lebensgrundlagen junger und nachkommender Generationen eingefordert. Ihr Anliegen wird mittlerweile von knapp 200.000 Bürgern in einer Petition unterstützt, die Medienberichterstattung war außergewöhnlich breit. Das Europaparlament hat nach Klageeinreichung zwei Resolutionen für ambitionierte Klimaziele verabschiedet, die auf Linie der Klageforderung liegen.

Gegen die Ablehnung der Klage haben die klagenden Familien im Juli 2019 Rechtsmittel vor dem EuGH eingelegt. Wer klagt, braucht einen langen Atem und breite Unterstützung. Deshalb hat Germanwatch die Öffentlichkeit informiert, das Anliegen der Kläger_innen vor Ort, auf Fachtagungen und internationalen Klimakonferenzen wie dem UN Climate Summit in New York und der Klimakonferenz in Katowice geteilt, unterstützt und Gehör verschafft. Den Kläger_innen Zugang zu Gerichten zu verschaffen und durch wirksamen Rechtsschutz die Handlungsmöglichkeiten für Betroffene der Klimakrise zu erweitern – darin liegt derzeit eine zentrale Herausforderung des Falls und eines der Hauptanliegen von Germanwatch.

Stärkung der EU-Klimapolitik durch französisch-deutsche Kooperation

Seit Anfang 2018 hat Germanwatch sein Engagement für eine verstärkte Zusammenarbeit der französischen und deutschen Politik und für eine bessere Vernetzung beider Zivilgesellschaften beim Thema Klimaschutz massiv erhöht. So hat Germanwatch zusammen mit Partner_innen konkrete Vorschläge⁸ zur Stärkung der französisch-deutschen Zusammenarbeit für eine ambitioniertere europäische Energiepolitik erarbeitet. Diese wurden in beiden Regierungen und für den Prozess relevanten Parlamentarier_innen präsentiert. Sie sind die Grundlage vieler Diskussionen in zivilgesellschaftlichen Kreisen auf beiden Seiten des Rheins.

Erste Erfolge konnten erzielt werden: Mit dem im Januar 2019 unterzeichneten Aachener Vertrag wurde die klimapolitische Zusammenarbeit im zentralen Dokument für die Kooperation der nächsten Jahrzehnte – viele sprechen von der DNA der deutsch-französischen Freundschaft – verankert. Auf der flankierenden Auflistung zum Vertrag von prioritären Projekten stehen die Verstärkung der Zusammenarbeit zu den jeweiligen Nationalen Energie- und Klimaplänen und bei nachhaltigen Finanzen sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Bürgerfonds für zivilgesellschaft-

⁷ <https://peoplesclimatecase.caneurope.org/de/>

⁸ <https://www.germanwatch.org/de/16241>

liche Akteure und die Einrichtung eines Zukunftswerks als Dialogforum für gesellschaftliche Transformationsprozesse. Zusätzlich hat Germanwatch die Arbeit der sogenannten Meseberger Arbeitsgruppe (deutsch-französische interministerielle Arbeitsgruppe für Klimaschutz) verfolgt und deren Agenda immer wieder dezidiert mit klimapolitisch ambitionierten Vorschlägen unterstützt. Bei der zweiten Sitzung der „Carbon Pricing Task Force“ des ehemaligen französischen Finanzministers Edmond Alphandéry zu CO₂-Bepreisungsoptionen in Deutschland und Europa war Germanwatch Gastgeber.

Auf EU-Ebene hat sich Germanwatch mit seinen Partnerorganisationen in Deutschland, Frankreich und EU-weit stark dafür eingesetzt, dass die Unterstützung des Ziels der Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050 auf die Liste prioritärer Themen gesetzt wird. Sehr gut war hier auch die Zusammenarbeit mit Fridays for Future. Durch sie konnte der Druck in der Öffentlichkeit stetig erhöht und maßgeblich dazu beigetragen werden, dass sich die EU-Wahl 2019 zur Klimawahl entwickelte. Des Weiteren war Germanwatch auf deutsch-französischer und europäischer Ebene durch viele Vorschläge und die Vermittlung von Gesprächen eine treibende Kraft für ein zukunftsfähiges EU-Budget ab 2021 (den sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen, MFR) sowie für die Stärkung der EU-Klimaaußenpolitik.

Gemeinsame Klima- und Energiesicherheit im erweiterten Europa – für Frieden und Stabilität

Für eine erfolgreiche Dekarbonisierung in den Anrainerstaaten der EU ist es sehr wichtig, Perspektiven für einen sozial gerechten Strukturwandel aufzuzeigen. Für Frieden in Europa und im Sinne der Völkerverständigung setzt Germanwatch dazu zwei Projekte für eine Energiewende und einen gerechten Strukturwandel im Donbass (Ukraine) und im Kosovo um. Ergänzt wurde dies durch zwei Reisen für russische und ukrainische Journalist_innen in die Regionen des Kohlestrukturwandels in Deutschland sowie den Herkunftsländern.



Die Bürgermeister_innen Andrii Silytsch (Vuhledar/Donbass), Sascha Solbach (Bedburg/NRW) und Liudmila Buly (Novohorodivka/Donbass) auf Germanwatch-Reise im rheinischen Kohlerevier. (Foto: Valentin Pflieger)

Germanwatch unterstützt mit seinen ukrainischen Partnern Ecoaction und Alternativa den unter Kiewer Kontrolle stehenden Teil der Kohleregion Donbass dabei, Lösungen für einen sozial gerechten Strukturwandel weg von der Kohle und hin zu u.a. Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien zu entwickeln. Dies gelang durch Studienreisen, Workshops, Beratungen und Pressearbeit. Sechs Kohlestädte des Donbass haben als Folge daraus 2019 eine Plattform für nachhaltige Entwicklung gegründet und fordern eine proaktive Strukturwandelpolitik mit sozialer Abfederung der Betroffenen. Die Bürgermeister_innen konnten dies zum Beispiel als einzige nicht-EU-Delegation in Brüssel auf der europäischen Strukturwandelkonferenz vorstellen. Zudem entwickelten in einer wissenschaftlichen Studie⁹ des Projekts zehn Autor_innen Empfehlungen für einen erfolgreichen gerechten Strukturwandel auf Grundlage der Erfahrungen in Deutschland, Rumänien, Tschechien und der Ukraine.

Auch im Kosovo hat sich ein Kernteam aus nationalen Behörden, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft mit unterstützender Koordinierung durch Germanwatch und unseren kosovarischen Partner Civil Society Consortium for Sustainable Development auf Empfehlungen für eine sozialverträgliche Energiewende verständigt. Diese werden nun der Regierung übermittelt und sollen in den Nationalen Energie- und Klimaplan einfließen. Im Braunkohleland Kosovo (97% des Strommixes) ist dies ein sehr wichtiger Schritt.

In beiden Projekten entwickelt Germanwatch Analysen sowie auch Empfehlungen und Forderungen an deutsche Akteure (Auswärtiges Amt, Bundesentwicklungsministerium, Bundeswirtschaftsministerium, Bundesumweltministerium) und stimmt sich dabei eng mit anderen internationalen Organisationen und Projekten ab (unter anderem EU, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, United States Agency for International Development).

Ausblick

Es ist dringend notwendig, den Abschied von einer Wirtschaftsweise zu befördern, die durch die Klimakrise schon heute die Grundrechte von immer mehr Menschen und die Zukunft künftiger Generationen gefährdet. Wir werden massiv weiter darauf hinwirken, dass die Regierung ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz, ein Umsetzungspaket mit einer besonders wichtigen Rolle für einen wirkungsvollen CO₂-Preis und Rahmensetzungen für den Finanzmarkt erarbeitet.

Bei dieser notwendigen Transformation in Deutschland und Europa kann der, durch den Klimaschutz ausgelöste Strukturwandel für einzelne Regionen und Menschen – sei es in der Lausitz oder im Donbass – zunächst auch negative soziale Folgen haben. Wir haben darum im vergangenen Jahr einen Schwerpunkt auf die soziale Dimension gelegt, sowohl für die Betroffenen des Klimawandels als auch für die Betroffenen der klimagerechten Transformation – und werden das auch weiterhin tun.

Europa denken wir dabei als Einheit auch über die Grenzen der EU hinaus. Darum wollen wir in den kommenden Jahren weiter intensiv den klimapolitischen Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Entscheidungsträger_innen in Politik und Wirtschaft innerhalb der EU (mit Frankreich, Polen und anderen) aber auch außerhalb der EU (Ukraine, Kosovo und anderen) voranbringen und in möglichst produktive Bahnen lenken. Ziel ist, dass aus der Zusammenarbeit mit diesen Ländern möglichst viel für die Erreichung der Pariser Klimaziele und für die Menschen vor Ort herauskommt.

In Deutschland und Brüssel werden wir uns sehr intensiv dafür einsetzen, dass die CO₂-Bepreisung vorankommt, der Kohleausstieg möglichst schnell umgesetzt wird und die deutsche und europäi-

⁹ www.germanwatch.org/de/16618

sche Verkehrswende endlich in Fahrt kommt. Wir werden im Austausch mit der energieintensiven Industrie und der Politik Akzente dafür setzen, dass die vollständige Treibhausgasneutralität zum Beispiel in der Chemiebranche deutlich vor 2050 erreicht werden kann – und hier auf Netzwerke und Aktivitäten aus den letzten Jahren zurückgreifen. Wir werden die Energiewende an den Nahtstellen voranbringen, wo der Handlungsdruck besonders groß ist: beim Netzausbau, bei der Akzeptanz und einer gemeinwohlorientierten Digitalisierung.


Stichwort Digitalisierung: Auf der Konferenz Bits & Bäume haben wir gezeigt, dass die Zivilgesellschaft und eine kritische Wissenschaft über die Kompetenzen und die Kraft verfügen, Impulse für die Gestaltung der Digitalisierung so zu entwickeln, dass sie dem Allgemeinwohl dienen kann. Wirtschaft und Parteien brauchen diese Impulse der Zivilgesellschaft. Deshalb werden wir uns zukünftig noch stärker in die gesellschaftliche Diskussion und die praktische Umsetzung einbringen.

Intensiv werden wir auch den Start der neuen Legislaturperiode von Europaparlament und Kommission begleiten. Wir wollen, dass die EU in den kommenden fünf Jahren trotz großem Anteil populistischer Parteien im Europaparlament noch besser in der Lage ist, den Klimaschutz mit gesteigertem Ehrgeiz und sozialer Absicherung in den Mitgliedsstaaten und international voranzubringen. So lange die USA hier international weitgehend ausfallen, ist die EU für andere Staaten wie Indien oder Südafrika der noch wichtigere Partner für die Dekarbonisierung der eigenen und der Weltwirtschaft.



Für das kleine Team Deutsche und Europäische Klimapolitik sind das keine kleinen Aufgaben. Obwohl Klima nun in aller Munde ist, kommt damit nicht automatisch mehr Finanzierung für unsere gemeinwohlorientierte Netzwerk- und Lobbyarbeit bei uns an. Ohne zusätzliche Finanzierungsquellen werden wir aus dem gerade weit geöffneten Möglichkeitsfenster für mehr Klimaambition nicht so viel machen können, wie möglich wäre.

Mitarbeiter_innen

 Oldag Caspar Teamleiter	 Dr. Eva Schmid Teamleiterin	 Kai Bergmann Referent für deutsche Klimapolitik
 David Frank (seit 04/2019) Referent für Stromnetze und Klimapolitik	 Caterina Freytag Referentin für Klimaschutzklagen	 Linus Herzig Referent für CO2-Preise
 Audrey Matieu Referentin für Deutsch-Französische und EU-Klimapolitik	 Urszula Papajak (bis 06/2019) Referentin für Partnerschaften Mitteleuropa	 Martin Schön-Chanishvili Referent für Partnerschaften Ost- und Südosteuropa
 Dr. Manfred Treber Referent für Klima- und Verkehr	 Andrea Wiesholzer (seit 03/2019) Referentin - Netze für die Energiewende	 Hendrik Zimmermann Referent für Energiewendeforschung und Digitale Transformation
 Sophie Jahns (seit 08/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben 2019/20	 Leon Möllney (bis 08/2019) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2018/19	

Praktikant_innen im Berichtszeitraum: Sören Barkey, David Frank, Carla Gams, Richard Hohenstein, Milot Morina, Michelle Reuter, Stefan Schärf, Nicolas Schöneck

Trainee: Kirsten Kleis

Verantwortlich seitens des Vorstands: Prof. Dr. Reinhard Loske, Ingmar Jürgens, Silvie Kreibiehl

Internationale Klimapolitik

Es wird immer sichtbarer, in welchem Ausmaß die eskalierende Klimakrise mit ihren zunehmenden Auswirkungen eine Herausforderung für die globale Gerechtigkeit darstellt. Die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen trifft am stärksten die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, überall, aber besonders in Entwicklungsländern – also die Menschen, die am wenigsten zur Verursachung der Klimakrise beigetragen haben. Hitzewellen und Wasserknappheit wie jüngst in Indien oder Wirbelstürme in Afrika bedrohen vor allem die Menschen, die sich am wenigsten schützen können – Kleinbäuer_innen, Land- und Obdachlose, Arme und marginalisierte Gruppen, aber auch Kinder, Frauen und Ältere. Die Menschenrechte der Betroffenen – zum Beispiel das Recht auf Wasser, das Recht auf angemessene Ernährung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Leben – sind stark gefährdet. Laut eines UN-Menschenrechtsberichts ist die Welt zunehmend von „Klima-Apartheid“ bedroht, wo die Reichen für ihren Schutz zahlen können, während alle anderen unter klimabedingter Hitze und Hunger leiden. Die Stabilität ganzer Weltregionen ist somit gefährdet.

Die zunehmenden Extremwetterereignisse können immer besser dem Klimawandel zugeordnet werden (Attribution Science). Das Klimasystem kommt nun in einen Bereich, wo es leicht passieren kann, dass es Rückkopplungen irreversibel für mindestens ganze Kontinente in einen anderen Bereich kippen lassen. Solche Kippelemente des Klimasystems, die durch Rückkopplungen die Klimakrise verschärfen könnten, sind etwa die rapide schmelzenden Gletscher in der Westantarktis und tauende Permafrostböden in Sibirien, die ins Wanken zu geraten drohen. Trotz dieser Tendenzen stellt sich zwar zunehmend in der Weltgesellschaft, aber noch nicht in der internationalen Klimapolitik ein Krisenmodus ein.

Seit dem IPCC-Sonderbericht 2018 ist klar, wie viel dafürspricht, die globale Erhitzung auf 1,5°C zu begrenzen – auch wenn gleichzeitig klar ist, wie herausfordernd dieses Ziel ist. Fridays for Future und Extinction Rebellion orientieren sich an diesem Ziel. Auch Germanwatch fordert seit 2015 eine internationale Klimapolitik, die den globalen Klimawandel auf ein bewältigbares Maß von einer maximalen Erwärmung von 1,5°C gegenüber vorindustrieller Zeit begrenzt und zugleich angemessene Antworten auf die nicht mehr vermeidbaren Folgen der Klimakrise sicherstellt. Dabei setzen wir uns für menschenrechtsbasierte Ansätze und globale Gerechtigkeit ein. Dies bedeutet, dass ausreichend Klimaschutz notwendig ist, damit die Grundrechte der Betroffenen geschützt werden können, und dass auch bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf Menschenrechte und gerechte Lösungen zu achten ist – etwa auf die Landrechte der lokalen Bevölkerung bei Großprojekten im Bereich Erneuerbare Energien. Die Umsetzung der Menschenrechte sieht vor, dass bei Strategien zur Anpassung und zum Klimarisikomanagement die Menschen, deren Menschenrechte und Lebensgrundlagen gefährdet sind, identifiziert und an den Planungen beteiligt werden sowie Beschwerderechte erhalten müssen.

Doch das Erstarken des Rechtspopulismus und Nationalismus in verschiedenen Teilen der Welt stellt die globale Klimapolitik weiterhin vor große Herausforderungen. Erstens lässt sich die globale Klimakrise nur durch internationale Kooperation eindämmen, nicht durch unabgestimmtes nationales Vorgehen. Zweitens gibt es in vielen Ländern – etwa in den USA, in Brasilien oder auch in Deutschland bei der AfD – eine Wahlverwandtschaft zwischen dem fossilen Sektor und rechtspopulistischen Parteien. Drittens scheuen viele dieser Akteure nicht vor der gezielten Verbreitung von Lügen, Klimazensur und Desinformation zurück. Dem Verschließen der Augen vor globalen Krisen und dem Versuch eines Rückzugs ins Nationale setzen wir wissenschaftsbasiertes Handeln und den Aufruf zu multilateraler Kooperation entgegen. Gerade der Klimawandel ist eine globale Krise, die sich nur mit globaler Zusammenarbeit und Solidarität lösen lässt. Bei den Verhandlungen im Rahmen des UN-Klimagipfels (COP 24) im Dezember 2018 und den Zwischenverhandlungen in Bonn im Juni 2019, aber auch in der Vorbereitung des G20-Gipfels im Juni 2019 in Japan, ging es

darum, die internationale Staatengemeinschaft weiter darauf zu verpflichten, die Ziele des Pariser Abkommens auch ohne die US-Regierung unter Präsident Trump umzusetzen. Bei allen drei Gelegenheiten ist dies – zumindest was die Absichtserklärungen angeht - erneut gelungen. Der Weg der Wirtschaft und Gesellschaften hin zu einer angemessenen Antwort auf die Klimakrise durch den weltweiten Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas (Dekarbonisierung) bis spätestens Mitte des Jahrhunderts – der großen Transformation mit gerechtem Strukturwandel („Just Transition“) – ist allerdings noch weit!

Einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit des Teams Internationale Klimapolitik bildete in den letzten zwölf Monaten der Klimagipfel COP 24, der im Dezember 2018 im polnischen Katowice stattfand. Wir begleiteten den Gipfel intensiv, da es um die Verabschiedung der Umsetzungsregeln für das Pariser Klimaabkommen ging. Dies gelang! Abgesehen vom sogenannten Regelbuch waren im Kontext der 1,5-Grad-Herausforderung höhere Klimaziele, verlässliche Finanzierung und der Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten weitere zentrale Themen der COP 24.

Mit der Verabschiedung der Umsetzungsregeln für Paris beginnt eine neue Ära in der internationalen Klimapolitik. Immer wichtiger wird neben den Verhandlungen in der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) daher die Frage, wie nun die Zusagen tatsächlich in den einzelnen Ländern oder Partnerschaften umgesetzt werden. Um in diesem Kontext erfolgreich zu sein, baut Germanwatch in verschiedenen Projekten Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAP) auf. Wir sind davon überzeugt, dass die Herausforderungen der globalen Klimakrise nur gemeistert werden können, wenn Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft bei der Umsetzung der Transformation zusammenwirken. Gemeinsam mit Partnerorganisationen vor Ort initiiert Germanwatch entsprechende internationale Multi-Akteurs-Partnerschaften in Kenia, Indien, Marokko (und Kosovo und der Ukraine – im Team Deutsche und Europäische Klimapolitik angesiedelt). Ein Highlight dieser Partnerschaften war das Zusammentreffen aller MAP-Partner zu einer gemeinsamen Konferenz in Bonn im Januar 2019. Internationale Umsetzungspartnerschaften für die Ziele aus dem Übereinkommen von Paris und die Ziele für nachhaltige Entwicklung sollen darüber hinaus auch in der bilateralen Zusammenarbeit Deutschlands gestärkt werden. Einen Auftakt für unser Engagement in diesem Bereich stellte die internationale Konferenz „Faster Forward Together“ im Juni 2019 in Bonn dar.

Für Germanwatch ist die enge vertrauensvolle Abstimmung in Netzwerken der Zivilgesellschaft wichtiger Bestandteil der Arbeit zur internationalen Klimapolitik, insbesondere im Climate Action Network (CAN) und International Climate Policy Hub (ICP Hub) auf internationaler Ebene sowie in der Klima-Allianz, Transform, dem Deutschen Naturschutzring (DNR) und dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) oder der Munich Climate Insurance Initiative (MCII).



Teilnehmende der MAP-Konferenz im Januar 2019 in Bonn im Gespräch zum Ausbau Erneuerbarer Energien in Marokko und Indien. (Foto: Germanwatch)

Regeln und Institutionen für den Umgang mit Klimafolgen

Das Ziel des Teams Internationale Klimapolitik für den Bereich Anpassung an den Klimawandel ist es, dass bis 2020 die internationalen Regeln und Institutionen geschaffen sind, die gute Anpassung und einen angemessenen Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten im Sinne des Schutzes der Menschenrechte der Verletzlichsten ermöglichen können. Dazu gehört einerseits die Ausgestaltung der entsprechenden UNFCCC-Mechanismen und andererseits die Erprobung von konkreten Ansätzen, mit Schäden und Verlusten umzugehen: Klimarisiko- und versicherungsbezogene Lösungen können Teil einer vorausschauenden Lösung sein. Währenddessen können Klimaklagen mithelfen, die Hauptverursacher von klimabedingten Schäden zur Verantwortung zu ziehen und den Druck in Richtung Klimaschutz, Unterstützung von Anpassung und Schadensbewältigung zu vergrößern.

Begleitung der UNFCCC-Prozesse zu Anpassung und zu „Loss and Damage“

Germanwatch hat die Verhandlungen zu den Themen Anpassung (Adaptation) und unvermeidbare Klimaschäden und -verluste (Loss and Damage) bei der COP 24 sowie den Zwischenverhandlungen im Mai 2018 in Bonn und im September 2018 in Bangkok intensiv begleitet. Im Zentrum standen neben ambitionierteren Treibhausgasreduktionszusagen der Staaten vor allem die Umsetzungsregeln für das Pariser Abkommen. Dabei ging es auch um Form und Inhalt der regelmäßigen Berichte über Anpassung und die Rolle von Schäden und Verlusten bei der Globalen Bestandsaufnahme ab dem Jahr 2023. Auch Form und Inhalt des sogenannten Transparenzrahmens, der die Regeln zur Berichterstattung der Länder festlegt, wurden diskutiert. Dass diese Regeln Eingang in das Regelbuch von Katowice fanden, ist nicht zuletzt den großen Anstrengungen insbesondere der verletzlichsten Länder in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu verdanken. Germanwatch begleitete zudem die Sitzungen des Internationalen Warschau-Mechanismus zu Schäden und Verlusten (WIM) sowie des Anpassungskomitees (AC) durch Briefing- und Auswertungspapiere. Während der COP 24 wurde zudem die neueste Ausgabe vom Germanwatch Klima-

Risiko-Index¹⁰ (KRI) vorgestellt, die unter anderem zeigt, dass eine Reihe von armen Ländern am stärksten unter den Folgen von Extremwetterereignissen leiden – im aktuellen KRI sind dies Puerto Rico, Sri Lanka und Dominika. Diese haben einen verhältnismäßig geringen Anteil an der Verursachung der Klimakrise. Dies verdeutlicht den Gerechtigkeitskandal der Klimakrise. Im Zentrum stand im KRI diesmal die Hurrikansaison in der Karibik 2017, deren erhöhte Frequenz an Wirbelstürmen es den betroffenen Inselstaaten kaum ermöglichte, sich zwischen den einzelnen Hurrikans zu erholen. Allein durch den KRI erreichte diese Botschaft potenziell bis zu 330 Millionen Leser_innen weltweit.

Kritisch-konstruktive Begleitung der Initiativen für öffentlich-private klimabezogene Versicherungslösungen

Germanwatch setzt sich dafür ein, dass klimabezogene Versicherungsinstrumente als Teil einer umfassenden Strategie zum Risikomanagement eine Rolle im Schutz von besonders durch Klimawandelfolgen betroffene Menschen und Länder spielen. Wichtig ist dabei die Einsicht, dass die ärmsten Menschen, die am massivsten betroffen sind, nicht in der Lage sind, die Versicherungsprämie zu zahlen. Im Juni 2015 riefen die G7-Länder die InsuResilience Initiative in Leben, um bis zum Jahr 2020 400 Millionen arme Menschen in Entwicklungsländern mit Versicherungsschutz gegen Klimarisiken abzudecken. Beim G20-Gipfel 2017 wurde diese Initiative in die InsuResilience Global Partnership überführt und wird seither gemeinsam von G20 und V20 (den am meisten vom Klimawandel betroffenen Staaten - "Vulnerable 20") getragen. Germanwatch begleitet diese und andere Versicherungsinitiativen von Anbeginn konstruktiv und kritisch, um sicherzustellen, dass die dort entwickelten Instrumente wirklich nachhaltig den besonders verletzlichen Menschen zugutekommen. Etwa dadurch, dass tatsächlich die Rechte und Absicherung der Ärmsten und Verletzlichsten verbessert werden, dass Rahmenseetzungen entstehen, die Anreize für Vorsorge geben, und dass die Verursacher einen fairen Anteil zur Lösung der Probleme beitragen. Ein besonderes Anliegen bei der Umsetzung der Versicherungsinstrumente ist die Orientierung an den Menschenrechten. Im Jahr 2018 hat Germanwatch einen menschenrechtsbasierten Ansatz¹¹ für Klimarisikoversicherungen entwickelt, der auch in die Pro-Poor-Prinzipien der InsuResilience Global Partnership eingeflossen ist und somit in den daraus hervorgehenden Produkten konkret vor Ort Wirkung entfaltet. Auf der COP24 hat Germanwatch gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium und dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) eine hochrangig besetzte Begleitveranstaltung durchgeführt, bei der das Thema ebenfalls diskutiert wurde.

Der Fall Huaraz¹²

Saúl Luciano Lliuya – Andenbauer und Bergführer aus Peru – klagt gegen den Energiekonzern RWE, der als Europas größter CO₂-Emittent mitverantwortlich für den Klimawandel und seine Folgen ist. Seinem Haus und seiner Heimatstadt Huaraz droht durch die klimawandelbedingte Gletscherschmelze oberhalb des Orts eine verheerende Flutkatastrophe. Da RWE historisch etwa 0,5 % der seit Beginn der Industrialisierung freigesetzten Treibhausgase verursacht hat, soll RWE auch ein halbes Prozent der Kosten der notwendigen Schutzmaßnahmen bezahlen. In erster Instanz hatte das Landgericht Essen im Dezember 2016 einen Schutzanspruch verneint. Doch das Oberlandesgericht Hamm verwarf im November 2017 nach einer Berufung des Klägers in allen Punkten die rechtliche Argumentation von RWE und ordnete den Einstieg in die Beweisaufnahme an. Damit hat erstmals weltweit ein Gericht im Prinzip bejaht, dass ein privates Unternehmen für seine Mitverursachung von klimawandelbedingten Schäden verantwortlich gemacht werden kann. Nach-

¹⁰ www.germanwatch.org/de/16046

¹¹ www.germanwatch.org/de/16050

¹² www.germanwatch.org/de/der-fall-huaraz

dem die juristische Grundsatzfrage in dieser Instanz geklärt ist, arbeiten momentan Sachverständige an der ersten Beweisfrage, ob eine ernsthafte Bedrohung für das Hausgrundstück des Klägers besteht. Sollte die erste Beweisfrage positiv beantwortet werden, folgt die zweite Beweisfrage dazu, inwieweit die von den Kraftwerken der Beklagten freigesetzten CO₂-Emissionen zum Risiko der Beeinträchtigung des Hausgrundstücks des Klägers beigetragen haben. Für Saúl Luciano Lliuya's Anwalts- und Gerichtskosten kommt die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit durch (weiterhin notwendige und sehr willkommene) Spendengelder auf. Germanwatch unterstützt sein Anliegen unter anderem durch Beratung, Expertise sowie Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. So begleitete Germanwatch Saúl Luciano Lliuya beispielsweise anlässlich seines Besuchs in Deutschland zur Entgegennahme des Kasseler Bürgerpreises im September 2018 auf einer Reihe von Veranstaltungen.

Angemessener Umgang mit klimabedingter Migration und Vertreibung

Die globale Klimakrise verstärkt Krisen und Konflikte weltweit und kann auch dazu beitragen, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Für klimabedingte Migration und Vertreibung besteht bislang eine rechtliche „Schutzlücke“, da weder geklärt ist, welchen Status die betroffenen Menschen haben, noch wie sie unterstützt werden. Germanwatch hat bei verschiedenen Fach- und Diskussionsveranstaltungen zu diesem Thema von unter anderem den Grünen, Brot für die Welt, Adelphi, VENRO und der Klima-Allianz aktiv mitgewirkt. Zusätzlich haben wir relevante Prozesse wie die Arbeitsgruppe zu klimabedingter Vertreibung des WIM der UNFCCC sowie den „Global Compact for Migration“ begleitet.

Internationale Anreize zur Erhöhung der Klimaziele und für 2050-Klimapläne

Ein weiteres Ziel des Teams Internationale Klimapolitik ist es, dass die Staaten bis spätestens 2020 verschärfte Klimaziele und 2050-Strategien für die rasche, umfassende und gerechte Transformation erarbeiten und sie von da an regelmäßig verbessern. Mit unserer Arbeit wirken wir darauf hin, dass die hierfür nötigen Anreize und Institutionen auf internationaler Ebene geschaffen werden. Dazu gehören beispielweise die Ausgestaltung des Ambitionsmechanismus der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) ebenso wie Regeln für den Finanzmarkt zur klimakompatiblen Ausrichtung von Investitionen. Auch politische Signale in internationalen Foren und die Rolle von Reputation sind wichtige Instrumente zur Erreichung dieser Ziele. Nur so lässt sich die Lücke zwischen den jetzigen Klimazielen, die zur Erwärmung von gut 3°C führen würden, und der Vorgabe aus Paris schließen, die Erwärmung in jedem Fall auf deutlich unter 2°C, möglichst unter 1,5°C zu begrenzen.

Begleitung der UNFCCC-Verhandlungen zum Ambitionsmechanismus

Im Pariser Klimaabkommen ist ein Ambitionsmechanismus vorgesehen, der gewährleisten soll, dass Länder ihre Klimaschutzziele regelmäßig und ausreichend erhöhen. Die erste Zielerhöhungsrunde begann mit dem sogenannten Talanoa Dialog 2018, wird ihren Höhepunkt mit dem Sondergipfel des UN-Generalsekretärs António Guterres am 23. September 2019 in New York haben und soll bis Frühjahr 2020 abgeschlossen sein. Das Kernstück des Ambitionsmechanismus ist die ab 2023 alle fünf Jahre stattfindende sogenannte Globale Bestandsaufnahme, die überprüft, inwiefern die Weltgemeinschaft die globalen Ziele des Paris-Abkommens erreicht hat und/oder die nationalen Klimapläne entsprechend nachgeschärft werden müssen. Germanwatch setzte sich dafür ein, dass auf der COP24 hierfür robuste Regeln beschlossen wurden, die die Bestandsauf-

nahme an den drei Paris-Zielen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs, zum Resilienzaufbau und zur Umleitung der Finanzflüsse orientieren.¹³ Zudem ist es Germanwatch wichtig, dass in einer weiteren Überprüfung – vermutlich von 2020 bis 2022 – die Angemessenheit des Langfristziels (deutlich unter 2°C und möglichst unter 1,5°C zu bleiben) überprüft und der Fortschritt dazu untersucht wird. Der Weltklimarat (IPCC) hat im Oktober 2018 einen Sonderbericht zum 1,5°C-Limit vorgelegt, der die Dringlichkeit aufzeigt, sich an diesem Ziel zu orientieren. Leider reagierten viele Länder verhalten auf die nötigen höheren Anstrengungen im Klimaschutz. Eine kleine Gruppe von ölexportierenden Ländern blockierte zunächst auf der COP24 und den Zwischenverhandlungen im Juni 2019 eine Entscheidung, ob und inwiefern die Nutzung des IPCC-Berichts für die Verbesserung globaler Klimapolitik diskutiert wird. Dies liegt nun in den Händen der chilenischen COP-Präsidentschaft auf der COP25 in Santiago de Chile im Dezember 2019.

Germanwatch-Mitarbeiter_innen begleiteten in den vergangenen zwölf Monaten die UN-Verhandlungen zu den verschiedenen Bestandteilen des Ambitionsmechanismus intensiv, zum Teil auch in der Rolle als Ko-Koordinator_innen der zuständigen internationalen NGO-Arbeitsgruppe des Climate Action Networks (CAN). Mit der Teilnahme an Verhandlungsrunden sowie an Plenarsitzungen des Weltklimarates IPCC und der Begutachtung von dessen Berichtsentwürfen setzten wir uns dafür ein, dass dabei die Anreize für ambitioniertere Klimaziele möglichst stark werden.

Klimaschutz-Index, Climate Transparency und Allianz Monitor

Öffentlicher Druck kann dazu beitragen, dass Länder ihre Klimapolitik verbessern. Dabei helfen Ländervergleichsstudien wie der seit vielen Jahren in der internationalen Presse stark beachtete Germanwatch Klimaschutz-Index¹⁴ (KSI), der die Glaubwürdigkeit der Klimaschutzversprechen von 56 Ländern und der EU öffentlichkeitswirksam bewertet und dokumentiert.

2017 wurde die Methodik des KSI weiterentwickelt. Der Index misst nun neben vergangenen und momentanen Anstrengungen im Klimaschutz auch, ob die gesetzten Klimaziele der einzelnen Länder mit der globalen Temperaturobergrenze von deutlich unter 2°C beziehungsweise 1,5°C vereinbar sind. Germanwatch ist außerdem Teil des Konsortiums Climate Transparency, zusammen mit acht Partnerinstitutionen aus Schwellenländern. Das Konsortium hat 2018 zum vierten Mal den „Brown to Green Report“¹⁵ veröffentlicht, der anhand rund achtzig verschiedener Indikatoren den weltweit umfassendsten Überblick über den Stand der Klimapolitik in den G20-Staaten gibt. Eine weitere erschienene Publikation, an der Germanwatch maßgeblich beteiligt war, ist der Allianz Klima- und Energiemonitor¹⁶, der in einem Ranking die benötigten Investitionen und die Investitionsbedingungen für Erneuerbare Energien in den G20-Ländern vergleicht.

Klimapolitische Agenda bei G7 und G20

G7- und G20-Gipfel sind seit dem Amtsantritt der Trump-Regierung dem fortwährenden Widerstand der USA ausgesetzt, Fortschritte beim Klimathema zu erreichen. Als Kompromisslösung war beim G20-Gipfel im November 2018 in Argentinien eine Einigung ohne die USA ("19:1") zu Klimafragen gelungen, mit der an den Vereinbarungen aus Hamburg (G20-Gipfel 2017) festgehalten wurde. Unter japanischem G20-Vorsitz 2019 konnte die 19:1-Lösung in weiter aufgeweichter Form aufrechterhalten werden. So erfreulich diese „Defensiverfolge“ sind, so offensichtlich ist auch, dass mit einer Trump-Regierung nicht die notwendigen Fortschritte zu erwarten sind, sodass hier auch

¹³ Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Umsetzungsregel%20f%C3%BCr%20das%20Paris-Abkommen%20beschlossen.pdf

¹⁴ www.germanwatch.org/de/ksi

¹⁵ www.germanwatch.org/de/16027

¹⁶ www.germanwatch.org/de/16038

das Format von Vorreiterallianzen innerhalb der G20-Staaten ernsthaft vorangebracht werden muss.

Germanwatch ist der Ansicht, dass die G7- und G20-Staaten nicht aus der Verantwortung entlassen werden dürfen, da sie als größte Volkswirtschaften den Großteil der Treibhausgasemissionen freisetzen und auch als wirtschaftsstarke Nationen eine besondere Verantwortung für die Umsetzung des Pariser Abkommens tragen. In der Hoffnung, dass ab 2021 wieder größere Schritte im G20-/G7-Kontext möglich sind, setzen wir uns daher mit unseren internationalen Netzwerkpartner_innen dafür ein, dass unter anderem ein klares Bekenntnis zu den drei Zielen des Pariser Abkommens, kombiniert mit entsprechenden transformativen Maßnahmen, einem wirksamen CO₂-Preis und dem Ausstieg aus der Subventionierung von fossilen Energieträgern vereinbart werden.

Die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit hat eine wichtige Rolle dabei gespielt, eine neue Plattform deutscher und internationaler Stiftungen aus G20-Ländern zusammenzubringen. Unter dem Namen F20 (Foundations 20) unterstützen diese gegenüber der G20 als Ganzes sowie in den jeweiligen G20-Ländern Strategien für die Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele und der Klimaziele von Paris.¹⁷ Ein Schwerpunkt der Aktivitäten ist derzeit das Engagement für das Umschichten der Finanzströme in den wichtigsten Volkswirtschaften der Welt im Sinne der Transformation in Richtung dieser Ziele. Germanwatch hat den Prozess der Etablierung und Strategieentwicklung von F20 regelmäßig mit Expertise unterstützt.

Harmonisierung aller Finanzflüsse mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens

Denn: Das Pariser Klimaabkommen enthält in Artikel 2.1c die Vorgabe, alle globalen Finanzflüsse mit den Klimazielen in Einklang zu bringen. Auf internationaler Ebene verfolgt Germanwatch dazu die Entwicklungen im Rahmen der UNFCCC, wo es für Artikel 2.1c erste Ansatzpunkte zu einer Berücksichtigung aller Finanzflüsse in Berichts- und Überprüfungsmechanismen gibt. Auch auf nationaler und europäischer Ebene arbeitet Germanwatch mit NGOs in Brüssel und Berlin daran, politische Prozesse für ein nachhaltiges Finanzwesen so auszugestalten, dass sie tatsächlich der Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele dienen und nicht nur eine grüne Nische im Finanzmarkt stärken.

Zusammen mit weiteren Akteuren aus der Zivilgesellschaft und Forschung veröffentlichte Germanwatch im November 2018 Empfehlungen¹⁸ für konkrete Maßnahmen, wie das Finanzwesen in die deutsche Klimapolitik integriert werden sollte. Durch hierauf aufbauende Dialoge mit dem parlamentarischen Raum, der Bundesregierung und den zuständigen Ministerien konnte Germanwatch wichtige Entscheidungsträger_innen für die Bedeutung des Themas zur Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele sensibilisieren. Eine Anerkennung dieser Arbeit ist die Ernennung von Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, als Mitglied des neu eingerichteten Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung, der am 6. Juni 2019 seine konstituierende Sitzung hatte. Er soll Vorschläge entwickeln, damit Deutschland zum führenden Standort für ein Nachhaltiges Finanzwesen wird.

Im Dezember 2018 veröffentlichte Germanwatch zusammen mit Partner_innen eine Studie¹⁹ zur Schlüsselrolle von Multilateralen Entwicklungsbanken (Multilateral Development Banks, MDBs) bei der Umlenkung von Finanzflüssen. Die Zwischenergebnisse wurden unter anderem auf der Weltbankjahrestagung mit den MDBs diskutiert. Sie konnten somit dazu beitragen, dass die MDBs auf der COP24 in Katowice ankündigten, bis zur COP25 Ende 2019 ein gemeinsames Rahmenwerk zur

¹⁷ www.foundations-20.org

¹⁸ www.germanwatch.org/de/16023

¹⁹ www.germanwatch.org/de/16085

Ausrichtung ihrer Finanzflüsse am Pariser Klimaabkommen zu erarbeiten. An diesem Zeitplan für konkrete nächste Schritte knüpft Germanwatch in 2019 mit Dialogen mit den MDBs an, um auf ein ambitioniertes Rahmenwerk der Banken hinzuwirken. Im April 2019 hat Germanwatch außerdem zusammen mit Partnern aus unter anderem China, Indien und Russland einen Bericht²⁰ zur Paris-Kompatibilität der multilateralen Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) veröffentlicht und im parlamentarischen Raum diskutiert. Die Investitionen der AIIB sind aufgrund der besonderen Relevanz zukünftiger Infrastrukturinvestitionen in Asien für die Erreichbarkeit der Klimaziele im besonderen Fokus von Germanwatch. Zudem sind wir auch mit bilateralen Entwicklungsbanken im Austausch und erarbeiten weitere wissenschaftsbasierte Empfehlungen für Paris-kompatible Investitions- und Offenlegungskriterien.

Internationale öffentliche Klimafinanzierung

Klimafinanzierung ist eine wichtige Grundlage, um die Handlungsfähigkeit für Klimaschutz und Anpassung in den ärmeren Ländern zu erhöhen. Das Team Internationale Klimapolitik hat sich daher als ein weiteres Ziel gesetzt, dass 2020 die internationale öffentliche Klimafinanzierung so organisiert ist, dass alle qualitativ guten Vorhaben in Entwicklungsländern finanziert werden, welche die Verletzlichsten beim Umgang mit Klimafolgen unterstützen und/oder die notwendige Transformation voranbringen und dafür internationale öffentliche Finanzierung benötigen. Ziel ist, dass sowohl erfolgreiche, ambitioniertere Vorhaben zu mehr Finanzierung als auch mehr Finanzierung zu ambitionierteren Vorhaben führen. Neben der eigenen Lobbyarbeit bei den Klimaverhandlungen und der Beobachtung und Bewertung der deutschen Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung²¹ setzt Germanwatch auf die Stärkung der Akteure, die sich dafür einsetzen können, dass die Finanzmechanismen ambitioniert ausgestaltet und gute Projekte umgesetzt werden. Das sind zum Beispiel die Klimaverhandler_innen und Nichtregierungsorganisationen der ärmsten Länder.

Zivilgesellschaftliche Begleitung des Anpassungsfonds

Der durch das Kyoto-Protokoll initiierte und nun in das Paris-Abkommen überführte Anpassungsfonds der Vereinten Nationen unterstützt gezielt konkrete Projekte in Entwicklungsländern. Germanwatch setzt sich dafür ein, dem Fonds unter dem Paris-Abkommen eine langfristige Zukunft zu sichern und begleitet die UNFCCC-Verhandlungen zu dieser Frage. Germanwatch hat vor über sechs Jahren das Anpassungsfonds-NGO-Netzwerk²² (AFN) angestoßen und koordiniert dieses. Gemeinsam mit den Partnerorganisationen aus verschiedenen Ländern, in denen der Fonds Projekte finanziert, setzen wir uns beispielsweise für die Einbindung der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen in die Planung und Durchführung von Anpassungsprojekten ein. Durch die Zusammenarbeit mit ausgewählten lokalen Partnerorganisationen bemüht sich Germanwatch, die Lücke zwischen kleinen zivilgesellschaftlichen Organisationen und größeren Institutionen, die im Bereich Anpassungsfinanzierung auf nationaler und internationaler Politikebene arbeiten, zu schließen und den Informationsfluss zwischen diesen beiden Ebenen zu sichern. Es freut uns zu sehen, dass die Partner dabei immer mehr Verantwortung übernehmen.

Stärkung der afrikanischen Zivilgesellschaft zur Begleitung des Grünen Klimafonds

Der Grüne Klimafonds (GCF) des Pariser Klimaabkommens soll der wichtigste Fonds in der globalen Klimafinanzarchitektur werden und die Umsetzung der ersten GCF-finanzierten Projekte hat

²⁰ www.germanwatch.org/de/16354

²¹ Beiträge unter anderem über die Website www.deutschemklimafinanzierung.de

²² <https://af-network.org>

begonnen. Germanwatch setzt sich dafür ein, das Engagement der afrikanischen Zivilgesellschaft im Fonds zu stärken. Dazu unterstützen wir gemeinsam mit der Hilfsorganisation CARE Partnerorganisationen aus Ghana, Marokko, Malawi, Kenia und Senegal dabei, eine kritische Stimme bei Sitzungen des GCF-Direktoriums zu werden, sich vor Ort in die Entwicklung und Umsetzung von GCF-Projekten einzumischen und ihre Erfahrungen mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen zu teilen. In den Projektländern existiert mittlerweile eine starke Grundlage für zivilgesellschaftliches Engagement mit nationalen Behörden, akkreditierten Institutionen und dem Privatsektor zu GCF-Aktivitäten. Mit der Transition in die kritische Phase der Umsetzung von Projekten und Programmen in vielen afrikanischen Ländern wird deren zivilgesellschaftliche Begleitung auf lokaler Ebene noch relevanter.

Unterstützung für Vertreter_innen der Entwicklungsländer im Grünen Klimafonds

Im Rahmen unserer internationalen Beratungsarbeit konnten wir durch stetige Begleitung und Unterstützung von Vertreter_innen der am wenigsten entwickelten Länder im Direktorium des GCF zu einem technischen Kapazitätsaufbau beitragen. Wir haben für unsere Partner (zum Beispiel aus Bhutan, Malawi und Burkina Faso) Hintergrundanalysen und Lösungsvorschläge für besonders kritische Entscheidungen erarbeitet und darauf aufbauende politische und technische Empfehlungen formuliert.²³ Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern ermöglichte es Germanwatch, wichtige Aspekte in die Ausgestaltung des GCF-Regelwerks einzubringen.

Wirksame und partizipative transformative Partnerschaften

Um eine Transformation für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimaresilienz zu erreichen, sind neuartige internationale Partnerschaften entscheidend. Das Team Internationale Klimapolitik möchte bis 2020 erreichen, dass die Bundesregierung und andere deutsche Akteure vermehrt mit internationalen Partnern in solchen wirksamen und partizipativen transformativen Partnerschaften zusammenarbeiten, um Resilienz und Dekarbonisierung in den Partnerregionen und in Deutschland voranzubringen. Wir begleiten Initiativen für Transformation (wie die Africa Renewable Energy Initiative AREI, die InsuResilience Partnership zu Klimarisikomanagement etc.) durch den Aufbau von lokalen Multi-Akteurs-Partnerschaften – die auch die Verständigung und das gegenseitige Lernen zwischen „Nord“ und „Süd“ fördern – und ziehen aus der Arbeit Lehren für die deutsche und europäische Klima- und Energiepolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit. Besonders wichtig sind hierfür Länder mit hohen klimapolitischen Ambitionen, großen Herausforderungen, etwa durch die bis dato starke Verankerung traditioneller Industrie- und Energiesektoren und/oder besonders starken zu erwartenden Folgen des Klimawandels. Partnerschaftliche Kooperation und Unterstützung ist hier besonders relevant und besitzt eine hohe Signalwirkung. Die zentrale Rolle von Partnerschaften wurde auch durch die von Germanwatch initiierte FASTER Forward Together-Konferenz²⁴ im Juni 2019 zu bilateraler zwischenstaatlicher Zusammenarbeit zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Ziele für nachhaltige Entwicklung weiterentwickelt. Dabei debattierten hochrangige Persönlichkeiten aus den potentiellen Partnerländern, dem UN-Klimasekretariat und deutschen Ministerien über die Rolle und Formen von transformativen Partnerschaften zwischen relevanten Ländern auf Regierungs- und Zivilgesellschaftsebene. Bereits im Januar 2019 hatte Germanwatch seine Partner_innen aus Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAP)

²³ <https://www.cfas.info/en>

²⁴ www.germanwatch.org/de/node/16581

zu einer Konferenz in Bonn versammelt, um die Kooperationen durch den Erfahrungsaustausch wirksamer zu machen und die deutsche Politik zu informieren.

Klimapolitische Zivilgesellschaft in der MENA-Region stärken

Germanwatch arbeitet seit mehreren Jahren auch mit Partner_innen aus dem Nahen Osten und Nordafrika (Middle East and North Africa, MENA) zusammen. Diese Region in unmittelbarer Nachbarschaft Europas ist besonders vom Klimawandel betroffen, was bestehende Konflikte und Instabilitäten erhöht. In der Region ist das Potential für Erneuerbare Energien enorm. Eine Transformation zu klimafreundlicher Entwicklung kann neue Entwicklungschancen schaffen. Vor diesem Hintergrund hat Germanwatch Anfang 2019 ein MAP-Projekt zur Förderung einer dezentralen und fairen Energiewende in Afrika mit einer Komponente in Marokko initiiert. Germanwatch arbeitet zusammen mit der High Atlas Foundation daran, dass die zentralen Energie-Akteure aus Marokko sich regelmäßig austauschen, um Zusammenarbeit zu ermöglichen und Kooperationsmodelle zu entwickeln. Das Projekt bindet Partner aus der Zivilgesellschaft ein, und richtet sich auch an Unternehmen, Universitäten, Ministerien, aber auch Regionen und Städte.

Germanwatch leitet wiederholt mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jordanien ein Energie-Kapazitätsaufbau-Projekt für junge Erwachsene aus der MENA-Region (zehn Länder). Ziel ist es, Akteure aus der Zivilgesellschaft zu stärken, so dass sie sich in politische Debatten über Energie- und Klimapolitik in der Region einbringen können.

Ausbau von erneuerbaren Energien in Afrika

Die Africa Renewable Energy Initiative (AREI) verfolgt ehrgeizige Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Afrika. Deutschland ist für die erste Phase der Initiative (bis 2020) einer der größten Geldgeber. Deswegen begleitet Germanwatch seit 2016 in enger Kooperation mit afrikanischen sowie internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Ausgestaltung der AREI. Ziel ist es, die AREI im Sinne einer entwicklungsfördernden, gerechten und menschenrechtskonformen Transformation des afrikanischen Energiesektors zu unterstützen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die zweite Komponente des MAP-Projekts für eine dezentrale und faire Energiewende in Afrika (siehe oben) dafür konzipiert, Energieakteure aus Afrika zusammen zu bringen, um die Transition zur Erneuerbaren Energie auf dem Kontinent zu befördern - besonders durch die AREI. Energiezugang in vielen Ländern Afrikas ist weiterhin ein Hindernis für die Entwicklung, da fast zwei Drittel der Bevölkerung keinen Stromzugang hat. Das MAP-Projekt soll dabei unterstützen, den ärmeren und verletzlichsten Bürger_innen Zugang zu Erneuerbaren Energien zu verschaffen. Ziel ist es, die Energie-Gerechtigkeit in Afrika zu fördern. Diese Arbeit wird zusammen mit PowerShift Afrika koordiniert.

Klima-Risiko-Versicherungen in Kenia

Gut gestaltete Klimarisikoversicherungen haben ein großes Potenzial, die Folgen der Klimakrise für die am stärksten gefährdeten Menschen abzufedern. Das gelingt aber nur, wenn Klimarisikoversicherungen menschenrechtsbasiert gestaltet werden – unter anderem dadurch, dass die Stimmen marginalisierter Gruppen bei der Konzeption dieser Instrumente einbezogen werden. Die hohe Komplexität und begrenzte Erfahrungswerte bei Klimarisikoversicherungen stellen hierfür große Herausforderungen bei der Konzeption gerechter Lösungen und einem Dialog auf Augenhöhe dar. Aus diesem Grund baut Transparency International in Kenia mit der Unterstützung von Germanwatch eine Multi-Akteurs-Partnerschaft zu Klimarisikoversicherungen auf. Die Kapazitäten der Schlüsselakteure – insbesondere der Zivilgesellschaft – werden gestärkt, um sie in die Lage zu versetzen, Chancen und Risiken von Versicherungsansätzen zu verstehen und nationale Politikprozesse rund um das Thema kritisch und konstruktiv zu begleiten. Konkret wird dies zum Beispiel bei der Notfallplanung. Sie legt fest, wie genau im Katastrophenfall vorzugehen ist und ist deshalb

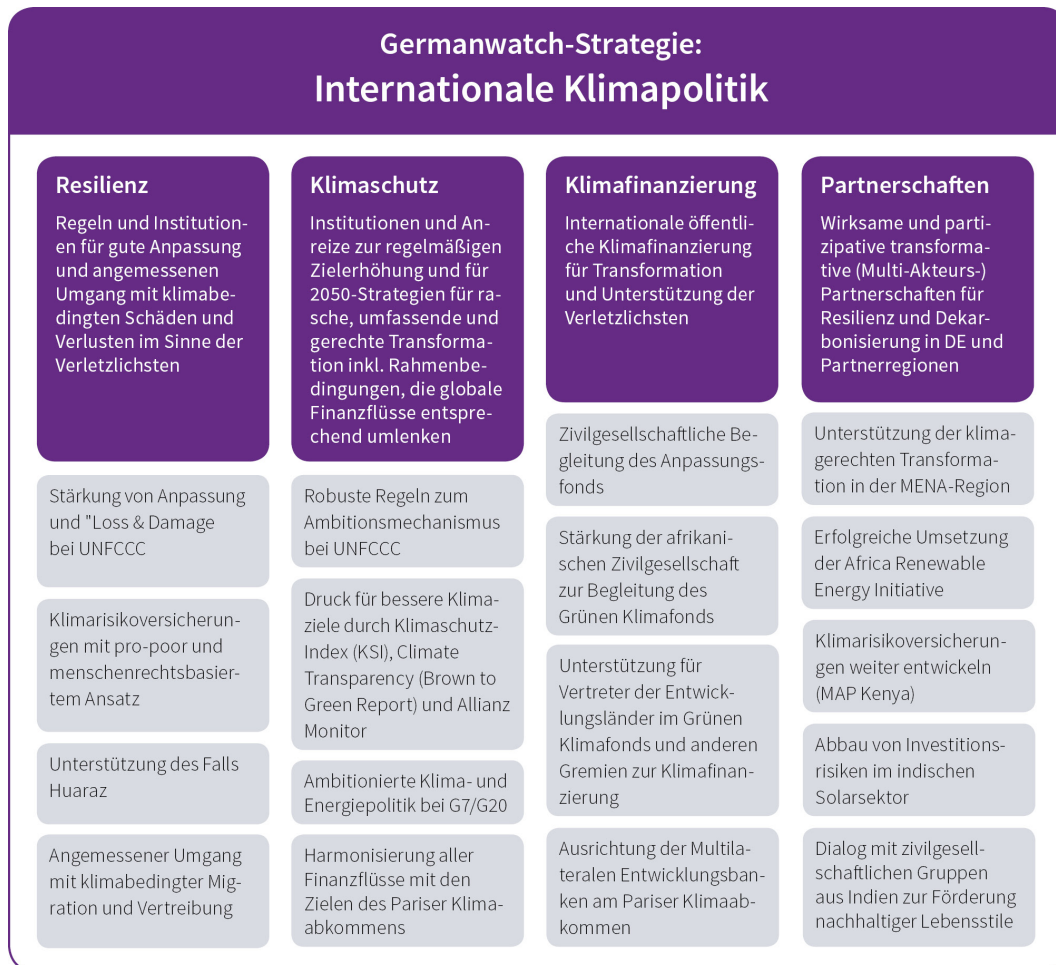
zentral, wenn es darum geht, die Schwächsten in solchen Situationen zu unterstützen und ihre Menschenrechte möglichst zu wahren. Dafür wurden zunächst die Akteurslandschaft analysiert und Workshops mit relevanten Akteuren sowie ein Webinar vor Ort durchgeführt. Weiterhin führten Transparency International Kenya und Germanwatch vor Ort Interviews mit Menschen, die von Klimarisiken betroffen sind.

Abbau von Investitionsrisiken im indischen Solarsektor

Einerseits stark vom Klimawandel betroffen, andererseits einer der großen globalen Emittenten, dessen künftiger Emissionspfad für den globalen Klimaschutz mitentscheidend sein wird, bleibt Indien ein Schwerpunktland unserer Aktivitäten. Die indische Regierung verfolgt das ehrgeizige Ziel, bis 2022 100 Gigawatt Solarenergieleistung installiert zu haben beziehungsweise bis 2030 40% seiner Stromgewinnung aus nichtfossilen Quellen zu decken. Dafür besteht noch eine erhebliche Investitionslücke. Mit einer Gruppe indischer Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen verfolgt Germanwatch den Aufbau einer Partnerschaft von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Forschung, Politik und Solarwirtschaft mit dem Ziel, Risiken für ausländische Investitionen in indische Solarenergie zu identifizieren und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Der Projektpartner The Energy and Resources Institute (TERI) leitet die Diskussionen mit diesen Gesprächspartnern in Indien. Dazu führt Germanwatch auch Gespräche mit deutschen und europäischen Investoren über Chancen und Risiken bezüglich der Finanzierung indischer Solarprojekte.

Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Indien zu nachhaltigen Lebensstilen

Indien brachte den Aspekt nachhaltiger Lebensstile in die Präambel des Paris-Abkommens ein. Germanwatch nutzt langjährige Kontakte zur indischen Zivilgesellschaft, um in Workshops in beiden Ländern im deutsch-indischen Austausch die Umsetzungschancen von nachhaltigen Lebensstilen und den dazu notwendigen Rahmensetzungen in jeweils lokal angepassten Formen zu verbessern. Die Bereiche Wohnen, Verkehr, Essen, Kleidung, Freizeit und Investitionen werden auf Nachhaltigkeit im täglichen Leben und bezüglich politischer Rahmensetzung beleuchtet. Auf der COP24 veranstalteten wir gemeinsam mit den Partnern Climate Action Network South Asia (CANSA) und dem Centre for Environment Education (CEE) eine Begleitveranstaltung im indischen Pavillon zu nachhaltigen Lebensstilen und Klimagerechtigkeit. Als Ergebnis des Projekts werden für Entscheidungsträger_innen Empfehlungen zu förderlichen Rahmenbedingungen für moderne nachhaltige Lebensstile der globalen Mittelschichten entwickelt.



Ausblick

Die Teamziele (siehe Abbildung oben) sind für die Zeit bis 2020 formuliert und bilden auch im nächsten Jahr den Orientierungsrahmen für die Arbeit des Teams Internationale Klimapolitik. Die Aktionsfelder des Teams richten sich nach der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens (2015) und den dazugehörigen Umsetzungsregeln (2018) deutlicher an der anbrechenden neuen Ära in der internationalen Klimapolitik aus: Es geht nun immer stärker um die Umsetzung der nationalen Klimaziele des Pariser Klimaabkommens, das 2020 mit der ersten Verpflichtungsperiode in Kraft tritt. Die bestehenden und geplanten Multi-Akteurs-Partnerschaften zur Umsetzung von Paris entwickeln sich somit klar zu einem neuen Schwerpunkt im Team. Außerdem wird die bilaterale zwischenstaatliche Zusammenarbeit Deutschlands zur Umsetzung von Paris und den Zielen für nachhaltige Entwicklung für uns an Bedeutung gewinnen.

Das Verfolgen der UNFCCC-Verhandlungen wird darüber hinaus fortgesetzt, wenn auch weniger im Fokus stehen. Die Klimarahmenkonvention und ihre Gremien bilden wie bislang die einzigen völkerrechtlich legitimierten Foren, in denen Zielerhöhungen, internationale Klimafinanzierung, Kapazitätsaufbau und der Schutz der Verletzlichsten verhandelt werden. Wir sind hier weiterhin mit wachsenden Augen dabei. Ebenso behalten wir weitere Foren wie die G7 und G20 im Blick. Auch Rahmenbedingungen, die die globalen Finanzflüsse in eine klimakompatible Richtung umlenken, werden ein Schwerpunkt des Teams bleiben.

Ein Höhepunkt der internationalen Klimapolitik 2019 wird der UN Climate Action Summit im September sein, zu dem Generalsekretär António Guterres die Staaten aufgerufen hat, verbesserte nationale Klimapläne vorzulegen (beziehungsweise diese Nachbesserung für Anfang 2020 anzukündigen). Wir werden beim Gipfel in New York nicht nur vertreten sein, sondern begleiten bereits die Vorbereitungen auf diesen wichtigen politischen Moment.

Mitarbeiter_innen

 David Ryfisch (seit 03/2019) Teamleiter	 Rixa Schwarz Teamleiterin	 Lutz Weischer Teamleiter
 Jean Paul Brice Affana Referent für Klimafinanzierung und Entwicklung	 Roxana Baldrich Referentin Klimarisikomanagement und Fall Huaraz	 Sophie Bartosch Referentin für Klimaschutz und Entwicklungsbanken
 Julia Bingler (bis 01/2019) Referentin für klimarechte Investitionen	 Jan Burck Referent für Klimaschutz und Energie	 Lena Donat Referentin für Klimaschutz und Transparenz
 David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen	 Julia Grimm Referentin für Klimafinanzierung	 Ursula Hagen (seit 10/2018) Referentin für Klimaschutz-Index
 Marie-Lena Hutfils (bis 03/2019) Referentin für Klimarisikomanagement	 Vera Künzel Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte	 Franziska Marten Referentin für Klimaschutz-Index
 Milena Ostrower (seit 03/2019) Referentin für klimakompatible Finanzflüsse	 Marine Pouget Referentin für Klimapolitik und Zivilgesellschaft in der MENA-Region	 Laura Schäfer Referentin für Klimarisikomanagement
 Martin Voss (seit 07/2019) Referent für Klimaschutz und Entwicklungsbanken	 Dr. Maik Winges Referent für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte	 David Gorré (bis 07/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2018/19
 Violeta Helling (seit 07/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2019/20	 Yousef Mashow (bis 11/2018) Bundesfreiwilliger 2017/18	 Leon Möllney (bis 08/2019) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2018/19
 Emma Opfer (seit 07/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2019/20	 Gereon tho Pesch (bis 07/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2018/19	

Mit Unterstützung von: Dr. Will Frank, Carolin Frisch, Paula Schäfer, Dr. Manfred Treber und Noah Walker-Crawford

Praktikant_innen im Berichtszeitraum: Mara Buchstab, Till Eichler, Pauline Eicker, Nora Immink, Pia Theresa Jorks, Leonie Neier, Pia Sophie von Rußdorf, Martin Voss, Mathias Welp

Verantwortlich seitens des Vorstands: Sven Harmeling, Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Reinhard Loske, Ingmar Jürgens

Welternährung, Landnutzung und Handel

Mit der Unterzeichnung der Agenda 2030 haben sich auch Deutschland und Europa verpflichtet, darauf hinzuwirken, Hunger und Armut bis 2030 zu beenden. Die Landnutzung spielt dabei eine zentrale Rolle. Obwohl die Importmengen nach Europa in den letzten 15 Jahren zurückgingen, geht immer noch ein Viertel der Sojaexporte aus Brasilien, Argentinien, Paraguay, Bolivien und Uruguay in die EU. Insgesamt werden jährlich auf rund 10 Millionen Hektar 29 Millionen Tonnen Soja für die EU produziert. Dies belegt eine von Germanwatch und Testbiotech Anfang Oktober 2018 veröffentlichte Studie²⁵. Sie zeigt die negativen Auswirkungen des Sojaanbaus in Lateinamerika auf die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs), vor allem auf Ziel 3 (Gesundes Leben für alle), Ziel 6 (Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser) und Ziel 15 (Landökosysteme schützen). Nachgewiesen wird auch, dass die Einführung von Gentechnik-Soja mittelfristig keine Einsparung an Pestiziden brachte. Vielmehr stieg nach einiger Zeit der Einsatz von Pestiziden durch das Aufkommen herbizidresistenter Unkräuter mit negativen Folgen für die Wasserqualität und die Gesundheit der Landwirt_innen. Einige Unkräuter sind zudem resistent gegenüber Glyphosat geworden und können nun nur noch mit giftigeren Herbiziden bekämpft werden, etwa mit Paraquat, das in der EU verboten ist. Der Sojaanbau in Südamerika geht zudem mit massiven Verlusten an Biodiversität und Schäden an Ökosystemen sowie CO₂-Speichern (Urwälder, Grasland und Feuchtgebiete) einher, schädigt die Bodenfruchtbarkeit und begünstigt Überschwemmungen und mittelfristig die Versalzung der Böden. Die durch Importsoja ermöglichte Massentierhaltung führt auch in Europa regional zu erheblichen Umweltschäden, etwa zu Gewässerbelastung durch Gülle.

Insgesamt muss die europäische Landwirtschaftspolitik eine Kehrtwende weg von der industriellen Massentierhaltung machen. Dadurch würde die Nachfrage nach Soja und damit auch der entsprechende negative Umwelteinfluss deutlich sinken. Gleichzeitig gilt es, mit vielfältigeren und nachhaltigeren Produktionssystemen Wertschöpfung und Beschäftigung in den ländlichen Räumen der Mercosur-Staaten zu steigern. Dabei sollten auch Vorschläge der Zivilgesellschaft, vor allem von Kleinbauern, indigenen Gemeinden und deren Organisationen aufgegriffen werden: Sie fordern, die Landwirtschaft auf den Anbau von Pflanzen für die menschliche Ernährung und auf lokale beziehungsweise regionale Märkte und Bedarfe der Bevölkerung auszurichten. Eine solche Kehrtwende würde sowohl in Europa als auch in Lateinamerika ganz erheblich zur Erreichung der oben genannten Nachhaltigkeitsziele beitragen.

Tierhaltung grundlegend reformieren und Antibiotikaeinsatz reduzieren

Auch auf andere Weise hat sich Germanwatch im Berichtsjahr intensiv für einen Wandel in unserer Tierhaltung eingesetzt. 2018 gingen sowohl der Fleischkonsum als auch die Fleischproduktion in Deutschland leicht zurück. Zugleich nimmt in der Agrarwirtschaft die Bereitschaft zu, sich den Forderungen nach mehr Nachhaltigkeit zu stellen. So berichten Fachmedien mehr und mehr über alternative Tierhaltung als Option, und Landwirte suchen in Gruppen und individuell das Gespräch mit Germanwatch als Partner der Zivilgesellschaft. Um den Klimaschutz in der Landwirtschaft zu verbessern und ihren Beitrag zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens zu sichern, gilt es den Tierbestand in viehdichten Regionen zu senken und den Tierbesatz eines Betriebes oder Dorfes wieder an die vor Ort vorhandene Futterfläche zu binden. Dies verdeutlichte eine von Germanwatch mit der Klima-Allianz Deutschland veröffentlichte Kurzstudie²⁶, die bei einem Fachgespräch auch im Bundestag diskutiert wurde. Der gesellschaftlich mit Nachdruck geforderte Tierschutz

²⁵ www.germanwatch.org/de/15913

²⁶ <https://www.oeko.de/publikationen/p-details/quantifizierung-von-massnahmenvorschlaegen-der-deutschen-zivilgesellschaft-zu-thg-minderungspotenzia/>

bildet dabei Synergien zum Klima- und Gesundheitsschutz: Mehr Platz je Tier im Stall bedeutet weniger Tiere insgesamt und damit auch einen verringerten Antibiotikabedarf. Ein erfolgreiches Projekt von Germanwatch gemeinsam mit der Universität Göttingen zur Antibiotikaminimierung in Tierhaltungen bildete eine Bezugsgrundlage für eine seit März 2018 in Kraft getretene deutsche Verordnung mit strengeren Regeln für Reserveantibiotika, die für Menschen besonders wichtig sind. Germanwatch legte im April 2019 nach. Eine investigative Stichprobenuntersuchung²⁷ ergab, dass 56% der Hähnchenfleischproben aus Discountern mit Antibiotikaresistenzen kontaminiert sind – ein Drittel davon sogar mit Resistenzgenen gegen Reserveantibiotika. Gerade deren Einsatz in der Massentierhaltung sieht Germanwatch als ein besonderes Risiko für die Menschheit, da sie eigentlich die Funktion haben, im Falle der Unwirksamkeit anderer Antibiotika, Menschenleben retten zu können. Sollten Krankheitserreger jedoch aufgrund des massiven Einsatzes resistent gegen sie werden, könnten sich gefährliche Infektionskrankheiten in einer bislang nicht gekannten Weise ausbreiten. Die Hähnchenfleischuntersuchung verbreitete sich in Windeseile über ZDF-heute und Frontal21 auch in Nachrichtendiensten des Internets und nötigte das Bundeslandwirtschaftsministerium zu einer Stellungnahme: „Die Ergebnisse der Untersuchung von Germanwatch nehmen wir ernst. Die vorgelegten Zahlen legen die Vermutung nahe, dass zu viele Antibiotika in der Geflügelmast eingesetzt werden und zudem die Schlacht- und Zerlegebetriebe bestehende Hygiene- und Managementmängel in ihren Betrieben verbessern müssen.“ Germanwatch plant, den Druck für strengere Regeln gegen den Missbrauch von Antibiotika im Stall noch deutlich zu erhöhen.

EU-Agrarpolitik neu gestalten

2017 begann der Prozess zur Gestaltung der Europäischen Agrarpolitik (GAP) für die Jahre 2021 bis 2028. Die EU-Kommission legte im Oktober 2018 Legislativvorschläge zur GAP vor²⁸, in denen sie sich ausdrücklich auf die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung bezieht. Der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments hat über den Vorschlag der Kommission beraten. Er lehnt wichtige positive Veränderungen in Richtung der Nachhaltigkeitsziele ab. So fordert der Ausschuss, weniger Geld für Umwelt- und Klimaschutz auszugeben und höhere Exporte der EU als gleichwertiges Ziel aufzunehmen. Damit würden Bäuerinnen und Bauern dabei unterstützt, noch mehr und noch billiger zu produzieren. Bisher weist nach der EU-Wahl im Mai 2019 bis zum Redaktionsschluss nicht viel darauf hin, dass der neue Agrarausschuss des europäischen Parlaments den Kurs korrigieren könnte. Die Globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen erfordern hingegen eine Landwirtschaftspolitik, die Umwelt und Klima besser schützt und mit der kleinere Betriebe besser verdienen.

Die Verhandlungen um das Mercosur-Handelsabkommen zwischen der EU und Soja-Ländern Südamerikas sind aktuell noch nicht abgeschlossen, weisen jedoch nicht in Richtung Nachhaltigkeit. Germanwatch fordert im Verbund mit anderen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die Importnachfrage nach Soja insgesamt zu beschränken, und die deutlich verringerten Mengen aus Anbausystemen zu beziehen, die nicht zur weiteren Entwaldung beitragen und ohne Gentechnik auskommen. Gleichzeitig muss darüber gesprochen werden, wie mit vielfältigeren und nachhaltigeren Produktionssystemen Wertschöpfung und Beschäftigung in den ländlichen Räumen der Mercosur-Staaten gesteigert werden können.

Germanwatch engagiert sich in einem Projekt des Europäischen Umweltbüros auf EU-Ebene und im Rahmen der Klima-Allianz Deutschland dafür, dass ausreichende Anreize für den Umbau hin zu einer klimafreundlicheren Landwirtschaft geschaffen werden. Kernanliegen sind dabei die Reduk-

²⁷ www.germanwatch.org/de/16426

²⁸ <https://ec.europa.eu/commission/publications/natural-resources-and-environment>

tion der Tierbestände und Lebensmittelabfälle sowie ein humusmehrender, bodenschonender Ackerbau ohne Stickstoffüberschüsse. Ein gut besuchter Workshop mit NGOs und ein Fachgespräch im Bundestag leisteten wichtige Beiträge, die Argumentationen dazu zu stärken.

Globale Märkte stärker regulieren

Die Analysen und Empfehlungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Visionen der Agenda 2030 für Afrika, die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Eckpunkte des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) initiierten Marshallplans mit Afrika betonen in zentralen Punkten gleichermaßen die Bedeutung der regionalen Wertschöpfung in Ländern des globalen Südens. Dies ist eine gute argumentative Grundlage, die Landwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik Deutschlands und der EU in Einklang dazu zu bringen. Die Sonderinitiative „EINEWELT ohne Hunger“ des BMZ bietet bereits Ansatzpunkte zur Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und regionaler Wertschöpfungsketten, auch wenn agrarökologische Ansätze noch stärker betont werden sollten. Das agrarpolitische Ziel der EU und der Bundesregierung, neue Märkte für Fleisch- und Milchprodukte sowie verarbeitete Lebensmittel aus Deutschland und der EU zu erschließen, kann mit dem Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten direkt in Konflikt stehen. Daher sollte auch die Agrar- und Handelspolitik nicht länger das Ziel eines erfolgreichen Marshallplans konterkarieren, der ja einen mengenmäßigen Rückgang der Nahrungsimporte Afrikas auch aus der EU vorsieht. Ähnliches gilt für andere Weltregionen, wenn dort das globale Nachhaltigkeitsziel 2 (den Hunger beenden) erreicht werden soll. Teil einer neuen Partnerschaft zwischen Afrika und Europa muss eine europäische Agrarpolitik sein, die kohärent mit einer zunehmenden Selbstversorgung Afrikas und anderer Entwicklungsländer ist und nicht auf wachsende Exportmengen setzt. Die EU muss ihre Märkte grundsätzlich offenhalten, den afrikanischen Ländern großen Politikspielraum ermöglichen und wirkungsvolle Anreize für Staaten und Unternehmen bieten, Sozial- und Umweltstandards umzusetzen. Germanwatch und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) haben mit einem Kurzfilm²⁹ diese Zusammenhänge sichtbar gemacht.



Video „Mensch Macht Milch – Warum billige Milchexporte aus Europa schädlich sein können?“

²⁹ <https://youtu.be/cvunX-liGiE>



Ausblick

Wir werden unsere Aktivitäten für die Umsetzung der Agenda 2030 in der Landwirtschaft verstärken: Sowohl durch die Verbreitung des Kurzfilms über Kinos als auch über zahlreiche Veranstaltungen, Recherchen und Studien. So ist Germanwatch zum Beispiel eingeladen, der Agrarforschungsgemeinde in Deutschland und Europa zentrale Impulse beim Abschlusspanel der Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V. (GEWISOLA) im September 2019 am Thünen-Institut in Braunschweig beizusteuern.

Durch weitere investigative Recherchen zu Antibiotikaresistenzen in Tierhaltungen wollen wir dazu beitragen, Bewusstsein bei Verbraucher_innen, Handel und Politik zu wecken und die Weichen zu stellen, um Agrarbetriebe bei der Umstellung zu unterstützen.

Nachdem Studien der Tierärztlichen Hochschule Hannover und staatliche Monitorings erwiesen haben, dass kleinere und ökologischere Tierhaltungen sowie bäuerliche Betriebe mit gemischten Betriebszweigen einen geringeren Antibiotikaeinsatz beziehungsweise geringere Resistenzraten aufweisen, sehen wir uns – gerade auch im Sinne eines besseren gesundheitlichen Verbraucherschutzes – nochmals bestärkt, bessere Haltungsformen zuverlässig und verbindlich erkennbar zu machen. Die Kennzeichnungspflicht für Eier ist dafür ein bereits seit 2004 EU-weit funktionierendes Beispiel. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hält dennoch bisher an einer lediglich freiwilligen Tierwohl-Kennzeichnung fest. Germanwatch setzt sich dafür ein, wirksame Aktivitäten der breiten Allianz der Kennzeichnungsbefürworter voran zu bringen, die von Verbraucherschutzorganisationen über deutsche Schweinehalter- und Geflügelverbände bis hin zur Biobranche und den Supermärkten reicht.

2020 bieten sich wichtige Chancen für die Überprüfung der Antibiotika-Gesetzgebung für Tierhaltungen im Zuge der Umsetzung der EU-Tierarzneimittelverordnung in deutsches Recht, die bis 2022 erfolgen muss. Nachdem sich Germanwatch als eine der wenigen NGOs im Bereich Veterinärantibiotika und Resistenzen in der Lebensmittelkette praktisch mit diesem Alleinstellungs-

merkmal etabliert hat, nehmen wir aktuell ein deutlich steigendes Interesse der Öffentlichkeit und der Medien wahr, darüber mehr zu berichten und Lösungsvorschläge einzubringen. Nachdem direkte Gespräche mit dem Bundeslandwirtschafts- und auch mit dem Bundesgesundheitsministerium noch nicht zu weitergehenden Maßnahmen geführt haben, sehen wir uns veranlasst, die Öffentlichkeit noch intensiver über diese Gesundheitsrisiken aus Intensivtierhaltungen aufzuklären. Hier planen wir auch Auswirkungen in den Zielländern von Agrarexporten und damit eine wichtige entwicklungsbezogene Komponente der Problematik noch stärker in den Blick zu nehmen.

Um die weiterhin hohe Belastung der Gewässer in Deutschland insbesondere mit Nitrat anzugehen, werden wir die Zusammenarbeit mit den Wasserwerken und weiteren Partnern ausbauen, damit die EU-Wasserschutzrichtlinie konsequent angewandt und der Wandel in der Tierhaltung vorangebracht wird.

Zur Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik werden wir in der Arbeitsgruppe Handel im Forum Umwelt und Entwicklung an einer Analyse der EU-Handelsstrategien und -mandate mitarbeiten. Die EU-weiten Aktionstage für eine andere Agrarpolitik mit Germanwatch-Beteiligung im September und Oktober 2019 bilden dazu gute Anlässe.

Mitarbeiter_innen



Tobias Reichert
Teamleiter



Reinhild Benning
Referentin für Landwirtschaft und Tierhaltung

Kelly Héau
(bis 04/2019)
Freiwilliges Ökologisches
Jahr 2018/19

Mit Unterstützung von: Dr. Winfried Zacher

Praktikantinnen im Berichtszeitraum: Cäcilia von Hagenow, Theresa Loch, Nina Möhren, Lisa Schönberger

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Klemens van de Sand, Michael Windfuhr, Klaus Milke

Unternehmensverantwortung

Das derzeitige globale Wirtschaftssystem verstärkt weltweit in den meisten Staaten die Ungleichheit und Ungerechtigkeit. In rohstoffreichen Ländern des globalen Südens beispielsweise führt der Abbau von Rohstoffen häufig zu Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörung, während die Einnahmen aus dem Rohstoffexport sehr ungleich verteilt sind. Oft sind nationale Regierungen hauptverantwortlich für die Situation: nationale Regulierungen sind schwach, die Umweltauswirkungen von Bergbau auf Menschen und Gemeinden werden nicht ausreichend überprüft, bei Umsiedlungen gibt es keine Rechtssicherheit. Wenn nationale Regierungen die Menschenrechte nicht ausreichend schützen, ist die Rolle der internationalen Unternehmen umso wichtiger. Sie sollen gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sicherstellen, oder zumindest alles Mögliche versuchen, dass es im Rahmen ihrer Aktivitäten möglichst nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Für Betroffene von Menschenrechtsverstößen wird es besonders schwer, wenn es keine Unterstützung durch ihre eigene Regierung gibt. Sie bekommen häufig weder vor Ort noch in den Herkunftsländern der zuständigen Unternehmen ausreichend Wiedergutmachung oder Entschädigung. Es ist dabei kurios: Die Pflichten der Unternehmen sind auf globaler Ebene nicht rechtlich verankert und beruhen somit größtenteils auf freiwilligen Maßnahmen. Regierungen – auch die deutsche – trauen sich kaum, Unternehmenspflichten national verbindlich zu regeln. Gleichzeitig sind die Rechte der Unternehmen durch zahlreiche Handels- und Investitionsabkommen verbindlich geschützt.

Das Team Unternehmensverantwortung bei Germanwatch greift einige dieser Herausforderungen auf und setzt sich für wirksame Rahmensetzungen ein, um das globale Wirtschaften gerechter und nachhaltiger zu gestalten. Im Berichtszeitraum ging es dabei vornehmlich um die Umsetzung von bestehenden Regulierungen und Aktionsprogrammen in Deutschland wie dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte, der europäischen Konfliktrohstoffverordnung und der Corporate Social Responsibility (CSR)-Berichtspflicht.

Darüber hinaus wollen wir im starken Verbund insbesondere mit anderen NGOs sowie mit Gewerkschaften und lokalen Bündnissen eine verbesserte Rahmensetzung voranbringen. Insbesondere haben wir uns im Berichtszeitraum darauf konzentriert, in Deutschland die Debatte für eine gesetzliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen voranzutreiben und dafür gemeinsam mit vielen anderen Organisationen eine neue Initiative angestoßen.

Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen

Breite Initiative für gesetzliche Sorgfaltspflichten ins Leben gerufen

Germanwatch hat bereits im Jahr 2017 im Corporate Accountability-Netzwerk für Unternehmensverantwortung (CorA³⁰) dafür geworben, sich als Zivilgesellschaft vermehrt mit öffentlichkeitswirksamen Mitteln für eine gesetzliche Regelung von Sorgfaltspflichten einzusetzen. Damit sollen deutsche Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die sie verschuldet oder mitverschuldet haben, in Deutschland zur Haftung gezogen werden können.

Um die Debatte über eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit in der Zivilgesellschaft anzustoßen, hat Germanwatch kontinuierlich unter anderem bei den CorA-Arbeitstagen über die Entwicklungen in anderen Ländern und auf EU-Ebene informiert. Insbesondere die Berichte über die er-

³⁰ <https://www.cora-netz.de>

folgreiche Arbeit von zivilgesellschaftlichen Gesetzesinitiativen in Frankreich und der Schweiz motivierten uns, auch in Deutschland aktiv zu werden.

Germanwatch vernetzte interessierte Organisationen, um eine gemeinsame Planung und Abstimmung der Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. Im Berichtszeitraum organisierte Germanwatch zusammen mit Vertreter_innen unter anderem von Brot für die Welt, Misereor, ver.di, INKOTA, der Christlichen Initiative Romero, Südwind, Attac Deutschland und dem CorA-Netzwerk drei große Vorbereitungs-Workshop, um uns inhaltlich vorzubereiten und gemeinsam Elemente und Werkzeuge wirkungsvoller Öffentlichkeitsarbeit zu identifizieren und abzustimmen. Dieser intensive Austausch stieß auf stets steigendes Interesse und wird über den Berichtszeitraum hinaus von Germanwatch gepflegt.

Außerdem begleiten wir für das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung die nationale Arbeit zur europäischen Kampagne „Menschenrechte schützen - Konzernklagen stoppen“, die Sonderklagerechte von Unternehmen abschaffen will.

Berichtsanforderungen über menschenrechtliche Risiken ambitioniert umsetzen

Im Berichtszeitraum hat Germanwatch als Mitglied im Advisory Board der Alliance for Corporate Transparency³¹ an der Ausarbeitung eines Prüfinstruments für Unternehmensberichte mitgewirkt. Die Alliance ist ein europaweiter Zusammenschluss von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, um die Qualität der offengelegten Unternehmensinformationen zu untersuchen.

Seit dem Geschäftsjahr 2017 müssen in Deutschland etwa 550 große kapitalmarktorientierte Unternehmen über sogenannte nicht-finanzielle Informationen berichten. Die Unternehmen müssen – und das ist neu – auch Angaben zu den Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt machen. Die Angaben beziehen sich sowohl auf das eigene Unternehmen, dessen Lieferketten und Geschäftsbeziehungen.

Die erste Version des umfangreichen Prüfinstruments konnte Ende 2018 abgeschlossen werden. Bis Mitte 2019 haben NGOs mehr als hundert nichtfinanzielle Berichte von europäischen Unternehmen der Sektoren Energie, Informationstechnologie und Gesundheit damit untersucht. Germanwatch hat teamübergreifend Ergebnisse zu zehn deutschen Unternehmen in die Datenbank der Alliance eingespeist.

Menschenrechte lokal umsetzen, um sie global zu stärken

Umsetzung des Nationalen Aktionsplans wirksam voranbringen

Mit dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte hat die Bundesregierung im Dezember 2016 einen Maßnahmenplan vorgelegt, wie sie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen will. Im Berichtszeitraum haben wir diese Umsetzung weiterhin intensiv begleitet und uns dazu innerhalb der NGOs und mit den Gewerkschaften abgestimmt. Diese Positionen bringt Germanwatch mit Mandat des Forums Menschenrechte in die Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Menschenrechte“ innerhalb des CSR-Forums ein.

³¹ <https://www.allianceforcorporatetransparency.org/>

Dabei nahm die Debatte über die Methodik des Monitorings einen großen Stellenwert ein. Mit diesem Monitoring will die Bundesregierung überprüfen, ob große deutsche Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht ausreichend nachkommen. Wenn weniger als 50 % dieser Unternehmen bis 2020 angemessene Verfahren etabliert haben, plant die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag gesetzliche Maßnahmen. Als Germanwatch haben wir gemeinsam mit anderen NGOs und Gewerkschaften grundlegende Kritikpunkte beim geplanten Verfahren identifiziert. Diese Kritik haben wir mit detaillierten Stellungnahmen in den Diskussionsprozess eingebracht, uns aber auch mit öffentlichen Positionspapieren, hochrangigen Lobbyschreiben und Pressearbeit für eine fundierte Methodik im Einklang mit den internationalen Standards eingesetzt.³²

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Debatte zu den geplanten Branchendialogen. Darin sollen Handlungsanleitungen erarbeitet werden, wie Unternehmen aus bestimmten Risikobranchen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen können. Im Vorfeld der Branchendialoge hatten wir als NGOs darauf hingewirkt, dass es zu ausgewählten Themen branchenübergreifende Veranstaltungen geben sollte, um Lösungsansätze für Herausforderungen zu erarbeiten, die sich in mehreren Branchen stellen. Für diese Fachveranstaltungen hat Germanwatch eine Abstimmung unter den NGOs koordiniert. Zum Ende des Berichtszeitraums konnten wir ein Projekt starten, um auch für die anstehenden Branchendialoge eine Koordination der NGOs zu gewährleisten.

Nationale Kontaktstelle als Beschwerdeinstanz für Betroffene stärken

Damit Betroffene von Menschenrechtsverstößen durch Unternehmen ihre Rechte einfordern können, bedarf es funktionierender Beschwerdemechanismen. Auf nichtjuristischer Ebene haben wir uns seit vielen Jahren für einen wirksamen OECD-Beschwerdemechanismus eingesetzt, mussten jedoch immer wieder die Begrenzungen dieses Ansatzes kritisieren. Der Umsetzungsprozess einer Überprüfung (Peer Review) der deutschen Beschwerdeinstanz, der Nationalen Kontaktstelle im Bundeswirtschaftsministerium, bot im vergangenen Jahr die Möglichkeit, diesen Beschwerdeweg zu verbessern. Seit dem Frühjahr 2018 gab es mehrere Sitzungen, in denen der Begleitkreis der Stakeholder („Arbeitskreis OECD-Leitsätze“) entsprechende Vorschläge diskutierte. Germanwatch hat dafür die Abstimmung innerhalb der NGOs koordiniert und auch einen Austausch mit den Gewerkschaften organisiert. Im Februar 2019 konnten wir schließlich die erste Geschäftsordnung dieses seit 2002 bestehenden Arbeitskreises beschließen - Grundlage für eine ergebnisorientierte Arbeitsfähigkeit. Für die ebenfalls erfolgte Überarbeitung des Beschwerdeleitfadens konnten wir als NGOs und Gewerkschaften jedoch noch nicht zustimmen, da zu viele unserer wichtigen Forderungen nicht aufgegriffen wurden. Eine von uns vorgeschlagene Multi-Stakeholder-Aufsichtsinstanz für die Nationale Kontaktstelle ließ sich leider nicht durchsetzen und auch beim Beschwerdeverfahren selbst sehen wir weiteren Verbesserungsbedarf.

Sozial verantwortliche Vergabe umsetzen

Das Land Berlin überarbeitet sein Vergabegesetz und wir haben im Rahmen des FAIRgäbe-Bündnisses im Februar 2019 eine gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf der zuständigen Senatsverwaltung koordiniert. Damit sind wir erstmals als Bündnis von Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen in die Verbändeanhörung aufgenommen worden. Wir konnten uns im weiteren politischen Prozess auch als Ansprechpartner für die Umsetzung von sozialen Kriterien einbringen. Nun hoffen wir, dass das Land Berlin Anfang 2020 ein sozial und ökologisch verantwortliches Vergabegesetz verabschiedet.

³² www.germanwatch.org/de/16885 und www.germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Stellungnahme%20zum%20Monitoring%20der%20menschenrechtlichen%20Sorgfalt%20deutscher%20Unternehmen.pdf

Fairer Umgang mit Rohstoffen

Um einen gerechten Umgang mit Rohstoffen zu ermöglichen, müssen wir zum einen unseren Rohstoffkonsum senken und zum anderen darauf achten, dass beim Abbau von Rohstoffen keine Menschenrechte verletzt und die Umwelt möglichst wenig zerstört wird. Ein Gesetzesvorhaben, welches die negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus verringern will, ist die EU-Regulierung zur Bekämpfung von Konfliktfinanzierung (EU-Konfliktmineralienverordnung), der wir uns im Berichtsraum besonders gewidmet haben. Um den Rohstoffkonsum zu senken, arbeiteten wir weiterhin an der Stärkung positiver Rahmenbedingungen u.a. dafür, dass defekte Produkte nicht entsorgt, sondern repariert werden.



Ressourcenfluch in Kolumbien: Auf der Jagd nach Gold zerstören Flussbagger verbotenerweise das komplette Flussbett. Zudem trägt ein Teil des Goldes, welches in der Region geschürft wird, zur Konfliktfinanzierung bei. (Foto: Johanna Sydow)

Umsetzung der EU-Regulierung zur Bekämpfung von Konfliktfinanzierung begleiten

Auch im vergangenen Jahr haben wir die Umsetzung der EU-Konfliktmineralienverordnung aus dem Jahr 2017, die 2021 in Kraft treten wird, gemeinsam mit anderen europäischen NGOs intensiv begleitet. Unsere Anregungen bezüglich der Umsetzung haben wir unter anderem auf dem OECD-Forum zu nachhaltigen Rohstofflieferketten eingebracht. Darüber hinaus haben wir Gespräche mit der Bundesregierung, Abgeordneten, der EU-Kommission und Unternehmen geführt. Insbesondere haben wir den Prozess zu einem deutschen Durchführungsgesetz begleitet und befürchten besonders die fehlende Transparenz bezüglich der Überprüfung der Unternehmen. Des Weiteren haben wir uns intensiv mit der Auswirkung der Verordnung in den Abbauländern und notwendigen begleitenden Maßnahmen vor Ort beschäftigt. Hierfür haben wir einen Workshop in Kolumbien mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus fünf verschiedenen Regionen Kolumbiens durchgeführt. Eine bedeutende Erkenntnis dieses Workshops war, dass es wichtig ist Sorgfaltspflichten ganzheitlich zu denken. Das bedeutet konkret, dass es wichtig ist, die Einhaltung von Umweltstandards in

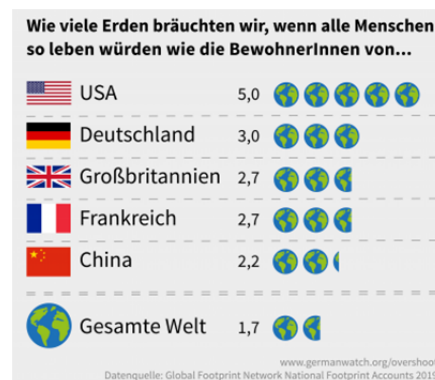
die Risikoanalysen von Unternehmen mitaufzunehmen und nicht nur ausgewählte Menschenrechtsaspekte zu berücksichtigen, wie es in der Konfliktmineralienverordnung der Fall ist. Die in Kolumbien gewonnenen Erkenntnisse konnten wir zusammen mit lokalen und europäischen Kooperationspartnern im April gegenüber der EU-Kommission und EU-Abgeordneten einbringen.

Langlebigkeit von Produkten durch Reparatur stärken

Im Januar 2019 hat die EU-Kommission im Rahmen der Ökodesignverordnung endlich Kriterien verabschiedet, die Reparatur stärken sollen. Wir haben den Prozess mit dem Netzwerk Runder Tisch Reparatur eng begleitet und sehen hier einen Schritt in die richtige Richtung. Leider behebt dies noch nicht die Diskriminierung unabhängiger kleiner Reparaturbetriebe. Diese haben bislang zum Beispiel einen schlechteren Zugang zu Ersatzteilen oder Reparatursoftware. Auch ein Recht auf Reparatur ist damit noch nicht erreicht. Das würde unter anderem beinhalten, dass ein Nutzer das Recht hat, sein Gerät repariert zu bekommen, auch wenn es für den Hersteller teurer ist als es zu ersetzen. Denn unter anderem aufgrund von niedrigen Lohnkosten in den Produktionsländern ist es für den Hersteller oft günstiger, ein neues Gerät zur Verfügung zu stellen als ein Gerät in Europa reparieren zu lassen. Um die Arbeit zu diesem Thema institutionell auf eigene Beine zu stellen, haben wir gemeinsam mit anderen Partnern Ende 2018 einen eigenen Verein Runder Tisch Reparatur e.V. gegründet.

Öffentlichkeit zum Erdüberlastungstag schaffen

Der Erdüberlastungstag markiert den Tag, ab dem wir aus ökologischer Sicht über unseren Verhältnissen leben. Das bedeutet, dass die Menschheit vom 1. Januar bis zum 29. Juli 2019 so viel von der Natur braucht, wie die Ökosysteme der Erde im ganzen Jahr erneuern können. Die Daten werden von unserem Kooperationspartner, dem Global Footprint Network, errechnet. Wäre der Ressourcenverbrauch der Weltbevölkerung so groß wie in Deutschland, dann hätte sie sogar schon bis zum 3. Mai 2019, also etwa nach einem Drittel des Jahres, die regenerierbaren Ressourcen verbraucht. Um einen solchen Verbrauch zu decken, bräuchten wir also drei Erden.



Seit über fünf Jahren organisieren wir zu diesem Anlass öffentliche Protestaktionen und gemeinsame Pressearbeit mit Umweltjugendorganisationen und Kooperationspartnern - mit erheblicher Resonanz in Medien und Öffentlichkeit. Anlässlich des deutschen Erdüberlastungstages am 3. Mai 2019 haben wir in einem Schulprojekttag mit Grundschüler_innen zu dem Thema gearbeitet und sie gefragt, was sie davon halten, dass wir auf Kosten der nächsten Generationen leben, und ihre Antworten als Kinospot, in Medien und sozialen Netzwerken in die Öffentlichkeit getragen.

Ausblick







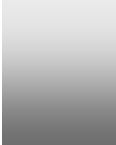
Auch im kommenden Jahr werden wir uns weiterhin für eine starke gesetzliche Regulierung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen einsetzen. Dafür wollen wir gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen den öffentlichen Druck auf die Bundesregierung erhöhen, damit diese endlich handelt. Das wird ein wichtiger Schritt sein, um zu erreichen, dass Betroffene aus dem Globalen Süden zukünftig den Zugang zum Recht erhalten, wenn ihre Rechte von Firmen aus dem globalen Norden – in diesem Fall Deutschland – verletzt werden. Daneben werden wir auch weiterhin die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und

Menschenrechte kritisch begleiten, insbesondere das Monitoringverfahren sowie die anstehenden Branchendialoge.

In Bezug auf Rohstoffe wollen wir neben den menschenrechtlichen Auswirkungen verstärkt die ökologischen Sorgfaltspflichten der Unternehmen in den Blick nehmen. Die anstehende Überarbeitung der deutschen Rohstoffstrategie werden wir kritisch begleiten und uns für eine nachhaltige Rohstoffwende einsetzen. Gemeinsam mit europäischen Kooperationspartnern wollen wir uns für ein Recht auf Reparatur zur Senkung unseres Rohstoffkonsums stark machen.



Mitarbeiter_innen

 Cornelia Heydenreich Teamleiterin	 Sarah Guhr (seit 08/2019) NRO-Koordinatorin Branchendialoge	 Johanna Kusch Referentin für Unternehmensverantwortung
 Julia Otten Referentin für zukunftsfähiges Wirtschaften in globalen Lieferketten im Rahmen des Berliner PromotorInnen-Programms	 Johanna Sydow Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche	 Franziska Wohltmann (seit 11/2018) Referentin für Unternehmensverantwortung
 Cora Zschiesche (seit 08/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2019/20		

Praktikantinnen im Berichtszeitraum: Leonie Grob, Sophie Paulmann

Trainee: Rebecca Heinz

Verantwortlich seitens des Vorstands: Prof. Dr. Stefanie Lorenzen, Silvie Kreibiehl, Klaus Milke, Michael Windfuhr

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Klima- und Entwicklungsthemen sind so präsent wie nie im öffentlichen Raum und werden breit diskutiert. Der wachsende öffentliche Protest – vor allem ab Herbst 2018 am Hambacher Wald im Rheinischen Revier und später durch Fridays for Future – hat auch die Nachfrage nach unseren schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten ansteigen lassen. Es ist auch ein Erfolg von Bildungsarbeit, dass Themen nachhaltiger Entwicklung, aktuell insbesondere Klimaschutz, Klimagerechtigkeit und Artenvielfalt, zunehmend wahlentscheidend werden.

Das Team Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) setzt sich in seiner Arbeit insbesondere für die Umsetzung des UN-Nachhaltigkeitsziels 4.7. ein:

„Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.“

Mit unseren Bildungsangeboten und unserer Bildungsberatung setzen wir uns schon seit langem dafür ein, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung durch politische Rahmensetzungen unterstützt und gleichzeitig politischer wird. Das BNE-Team vermittelt eine Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Appetit auf politisches Handeln macht und richtet sich vor allem an Bildungsmultiplikator_innen und Entscheidungsträger_innen. Wir ermuntern alle Bildungsakteure, sich dafür zu engagieren, dass Nachhaltigkeitsherausforderungen nicht einfach in den privaten Bereich abgeschoben werden, sondern die Politik Rahmenbedingungen schafft, in denen nachhaltiges Verhalten zu normalem, alltäglichem Verhalten wird. Dazu gehört auch, dass wir stärker deutlich machen, wo wir nicht-nachhaltiges beziehungsweise schädliches Verhalten als „normal“ akzeptiert haben. In der konkreten Bildungsarbeit und in unserer politischen Arbeit setzen wir uns dafür ein, dass der ökologische und soziale Fußabdruck verkleinert und der Handabdruck des politischen Engagements vergrößert wird, damit das Zukunftsfähige zum neuen „Normal“ und Standard wird. So setzen wir uns ein für Gerechtigkeit zwischen heutigen und zukünftigen Generationen, zwischen Arm und Reich, zwischen den Menschen hier und in ärmeren Ländern, aber auch innerhalb Deutschlands.

Die Arbeit im BNE-Team fußt auf zwei Säulen: zum einen führen wir Bildung für nachhaltige Entwicklung selbst in unterschiedlichen Angeboten durch. Zum anderen wirken wir daran mit, dass Bildung insgesamt politischer wird und den zum Schutz der Grundrechte und Lebensgrundlagen notwendigen Wandel unserer gesellschaftlichen Strukturen auf den unterschiedlichsten Ebenen in den Blick nimmt.

Transformation durch Wissen, Werte und Handeln voranbringen

Schon seit 2004 läuft Jahr für Jahr erfolgreich die Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition. Bundesweit konnten wir dieses Angebot vor allem für Schulklassen aller Schulformen ab Klasse 5 fortsetzen und an vielen Schulen auch dauerhaft etablieren. Damit ist es uns auch gelungen, verstärkt mit unterschiedlichen sozialen Milieus in Kontakt und Dialog zu treten.

Alle Menschen erreichen – (Klima-)Bildung in einfacher(er) Sprache

Zu unserem Verständnis von Bildungsgerechtigkeit im Bereich BNE gehört es, für alle gesellschaftlichen Gruppen die gleichen Möglichkeiten zu schaffen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben, unabhängig von beispielsweise besonderen Lernbedürfnissen.

Um auch allen Jugendlichen die Partizipation an einer zukunftsfähigen Entwicklung zu ermöglichen, haben wir unsere Klimabildung mit Hilfe der „Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition“ so gestaltet, dass auch bildungsbenachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Lernbehinderungen die Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten begreifen, auf ihre Lebenswelt übertragen können und durch das Erarbeiten angemessener Engagementformen das Vertrauen in ihre Selbstwirksamkeit gestärkt wird.

Eine Besonderheit im Berichtszeitraum war die Erstellung von Bildungsmaterialien in einfacher Sprache zur Klimakrise, zum Sonderbericht über 1,5°C globale Erwärmung des Weltklimarats und zu Klimagerechtigkeit.

Die Germanwatch-Zeitung Weitblick 2/2019 „Schwerpunkt: Europawahl, EU-Agrar- und Stromnetzpolitik“ konnten wir in einfacherer Sprache erstellen und verteilen, unter anderem am Info-stand auf dem Evangelischen Kirchentag. Außerdem sind die Artikel in einfacher Sprache auf der Germanwatch-Webseite veröffentlicht worden. Um uns in dieser Richtung weiterzuentwickeln, hatten wir zuvor eine interne Schulung durchgeführt.

Empowerment for Climate Leadership und Konkreter Friedensdienst Reverse – BNE mit Südpartner_innen

Das 18-monatige Austauschprojekt „Empowerment for Climate Leadership“ brachte für den Klimaschutz aktive Jugendliche aus Indien, Tansania und Deutschland zusammen. Anwendungsorientierte Online-Module wurden ergänzt durch Austauschbesuche mit dichtem Programm (Projektmanagement, Lobbying, Seminare und Gespräche). Nach den zwei Austauschbesuchen in Bonn zur UN-Klimakonferenz sowie in Arusha und Dar es Salaam in Tansania wurde das Projekt mit einer weiteren Online-Phase abgeschlossen.

Das Programm "Konkreter Friedensdienst Reverse" ermöglicht es meist ein Mal pro Jahr, dass ein bis zwei klimaaktive Jugendliche aus Ländern des globalen Südens für etwa drei Monate bei Germanwatch mitarbeiten. Ziel ist die Stärkung unseres Netzwerks, Integration der Südperspektive in unsere Arbeit und Diskussion des gemeinwohlorientierten Germanwatch-Lobbyansatzes in der Arbeit mit Südpartner_innen. Wir wollen das Bewusstsein dafür stärken, dass nur durch gegenseitiges Lernen und gemeinsame Verantwortung von Nord und Süd im Sinne einer multilateralen menschenrechtsbasierten Ordnung die überlebenswichtigen Probleme gelöst werden können. Wir entwickeln so unser Bild einer „Global Citizenship Education“ weiter.

Bildungsarbeit zu Klimagerechtigkeit am Beispiel Klimaklagen

Die unterschiedlichen Ansätze von Klimaklagen weltweit geben uns in der BNE die Möglichkeit, anschaulich Wege zu mehr Klimagerechtigkeit zu thematisieren: Klimakrise als Verletzung von Menschenrechten, Klimaklagen zum Schutz der direkt von den Folgen Betroffenen, Klimaklagen für ausreichenden Klimaschutz. Damit sind die Fragen nach Verantwortung und Verantwortungsübernahme verknüpft.

Dabei begreifen wir Klimaklagen auch als Lernchancen der Transformation: Sie verändern die Rechtsauffassung. Sie machen die von der Klimakrise betroffenen Klagenden als Gestalter_innen und nicht als Opfer einer Krisensituation sichtbar. Neben Wahlen und Protesten gibt es im Rechts-

staat noch weitere Handlungsoptionen, um Grundrechte durchzusetzen und der Politik zum Handeln zu helfen.

Dies thematisieren wir auch in unseren Bildungsmaterialien, führten Bildungsaktionen beim Klimaaktionstag auf Langeoog mit einer Klägerfamilie durch und veranstalteten Strategietage für Bildungs- und Nachhaltigkeitsakteure zum Thema Klimaklagen und BNE.

Die Weiterentwicklung des Hand-Print-Konzeptes

Wir nehmen in unserer BNE-Arbeit wahr, dass viele Menschen nach wirksamen Handlungsoptionen suchen, die zur immer gravierenderen Problemgröße der verschiedenen globalen Herausforderungen wie der Klimakrise passen. Deshalb arbeiten wir stetig an der Weiterentwicklung des Hand-Print-Konzeptes: den Handabdruck des politischen und gesellschaftlichen Engagements wirkungsvoll zu vergrößern. Im Berichtszeitraum entwickelten wir unter anderem eine Broschüre, die Menschen praktische Handlungsmöglichkeiten sowie einzelne Schritte hin zu Hand-Print-Projekten aufzeigt. Mit den Materialien und Workshop-Angeboten sowie in den geplanten Projekten wollen wir Menschen folgende Fragen beantworten helfen:

- Wie kann ich selbst die notwendige Transformation mitgestalten, anstatt darauf zu warten, „transformiert zu werden“?
- Welche proaktiven Handlungsoptionen habe ich, die über reine Konsumtipps hinausgehen?
- Welche gesellschaftlichen Gestaltungsspielräume habe ich im eigenen Umfeld? (Quartier, (Hoch-)Schule, Arbeitsplatz, Verein, Unternehmen, Kirchengemeinde, Kommune...)
- Welche politischen Ebenen sind inwiefern für meine Nachhaltigkeitsthemen relevant?
- Wie kann ich mich durch politisches Engagement politisch wirksam engagieren, um tatsächliche Veränderungen im Sinne des Gemeinwohls mit anzustoßen?
- Welche Rolle kann ich bei dieser Transformation spielen und wie mache ich das?
- Welches Handwerkszeug für den Wandel kann ich mir aneignen?
- Welche Partizipationsmöglichkeiten an politischen Entscheidungsprozessen habe ich, die über das (wichtige) Wählen gehen hinausgehen?
- An wen kann ich mich wenden, wenn ich in meinem Engagement für die Transformation nicht weiterkomme?

In den Workshops zum Hand Print nutzen wir außerdem zunehmend Kenntnisse aus der Psychologie, um mit den Lernenden zu reflektieren, welche Faktoren es ihnen, aber auch vielen anderen Menschen häufig schwer machen, sich nachhaltiger zu verhalten und weshalb sich auch deshalb der Einsatz für strukturelle Veränderungen lohnt.

Fachpromotoren Klima und Entwicklung – NRW-Promotorenprogramm

Mit einer Stelle im Rahmen des NRW-Fachpromotorenprogramms ist Germanwatch in der entwicklungspolitischen Bildungs-, Vernetzungs- und Beratungsarbeit Nordrhein-Westfalens (NRW) tätig. Die Aktivitäten reichen von der Begleitung des NRW-Landesjugendrings in einem Diskussionsprozess hin zu einer Nachhaltigkeits-Beschlussvorlage für die Landesdelegiertenversammlung oder die Teilnahme an den Begleitgremien der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie über viele öffentliche und interne Bildungsangebote. Ziel ist es, den Anliegen von lokalen engagierten klima- und entwicklungspolitischen Gruppen und oft auch den Anliegen ihrer Südpartner_innen mehr Gehör zu verschaffen und ihnen bei ihrer Arbeit unterstützend zur Seite zu stehen. Vor allem der Wunsch nach einem wirklich nachhaltigen Strukturwandel im rheinischen Revier war Antrieb für den erfolgreichen Workshop auf der 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung zusammen mit dem Bürgermeister von Merzenich, der Zivilgesellschaftlichen Koordinierungsstelle Strukturwandel, dem Wuppertal Institut und der Stabsstelle Strukturwandel im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium.

RENN.west – Akteure vernetzen und Nachhaltigkeitsstrategien weiterentwickeln

RENN.west, als eine von vier Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN), die 2016 vom Rat für Nachhaltige Entwicklung initiiert wurden, konnte sich im Berichtszeitraum weiter als Kompetenznetzwerk für Nachhaltigkeitsstrategien etablieren, spannende Dialogveranstaltungen durchführen und Beiträge zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategien und -architektur auf verschiedenen Ebenen leisten. RENN.west wird getragen von zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Nordrhein-Westfalen. In NRW koordinieren Germanwatch und die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG21) die Arbeit des Netzwerks.

Ziel der Vernetzungsarbeit von RENN.west ist es, bisher unbeteiligte Akteure in den Nachhaltigkeitsdiskurs einzubeziehen, um gemeinsam neue Lösungsansätze zu diskutieren, bestehende weiterzudenken und diese in politische Entscheidungsprozesse auf unterschiedlichen föderalen Ebenen einzubringen. Hierbei stellt RENN.west gezielt Themen in den Vordergrund, bei denen bisher große Ziel- und Interessenskonflikte bestehen. Um neue Kompromisslinien auszuhandeln und tragfähige Lösungen zu entwerfen, werden hierzu gezielt eher in Konflikt zueinanderstehende Zielgruppen angesprochen und vernetzt.

So haben wir etwa in NRW Ende 2018 für einen internen Diskurs Vertreter_innen der Landesministerien, Mitglieder des Landtags, die konventionelle, ökologische und solidarische Landwirtschaft, Umweltverbände, Wissenschaft sowie Unternehmen des Lebensmittelhandels an einen Runden Tisch zusammengebracht, die sich intern über ihre Positionen und mögliche Kompromisse zur Umsetzung einer umfassenden Agrarwende ausgetauscht haben. Kurz vor der Europawahl im Mai 2019 haben wir den Diskurs mit einem Fokus auf die Reform der gemeinsamen EU-Agrarpolitik in einem offenen Format weitergeführt.

Für das Jahr 2019 hat sich RENN.west das Schwerpunktthema „Soziale Gerechtigkeit“ gesetzt und dazu verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Diese beleuchteten aus verschiedenen Perspektiven soziale Gerechtigkeit im Kontext einer Großen Transformation. Unter anderem fand im Juli 2019 eine Diskursveranstaltung zum Thema sozial gerechter Strukturwandel im Rheinischen Revier statt, die Germanwatch federführend organisiert hat und auf ausgesprochen große Resonanz stieß. Wir möchten dadurch auch Impulse geben für die Entwicklung neuer Allianzen und Lösungsansätze in diesem hochaktuellen und sehr politischen Transformationsprozess.

Für das diesjährige Hochrangige Politische Forum zu nachhaltiger Entwicklung der Vereinten Nationen hat das RENN-Netzwerk die Chance bekommen, einen sogenannten „Netzwerkbericht“ zu erstellen und einzureichen, um über die Erfolge aber auch Herausforderungen der Arbeit zu berichten.

Über die von RENN.west vergebene Auszeichnung „Projekt Nachhaltigkeit“ und die „Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit“ ist es gelungen, neue, bisher wenig in den Diskurs zu Nachhaltigkeitsstrategien eingebundene Akteure anzusprechen und einzubeziehen. Hierzu zählen zahlreiche kleinere Initiativen der sozialen Innovation, die in ihren Themenfeldern potenziell eine gesellschaftliche Transformationskraft entwickelt haben oder entwickeln können.

Vorträge, Workshops, Webinare und Bildungsmaterial

Die Germanwatch-Bildungsarbeit wird immer stärker als Impulsgeber in der Bildungsarbeit von Initiativen, Verbänden, Stiftungen und Bildungsakademien geschätzt und rege angefragt. Im Rahmen unserer begrenzten Kapazitäten kommen wir dem gerne nach und ergänzen dies durch Bildungsmaterialien und Kurzfilme, die alle über den Bildungsbereich der Germanwatch-Webseite abrufbar sind.

Ergänzt werden die Reaktionen auf externe Anfragen durch eigene Veranstaltungen, wie die zweimal jährlich stattfindenden Strategietage für Bildungs- und Nachhaltigkeitsakteure, bei denen wir Angebote machen, um aus aktuellen wissenschaftlichen und für die Politik relevanten Ansätzen Impulse für die Bildungsarbeit der teilnehmenden (Jugend-)Verbände und Initiativen zu entwickeln. Stark nachgefragt und durchgeführt werden ebenso Workshops zur Vermittlung unseres Hand-Print-Konzepts. Diese stoßen auf großes Interesse sowohl bei Jugendverbänden und Kongressen für junge engagierte Schüler_innen und Student_innen als auch bei Multiplikator_innen in der Bildungsarbeit.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen und strukturell weiterentwickeln

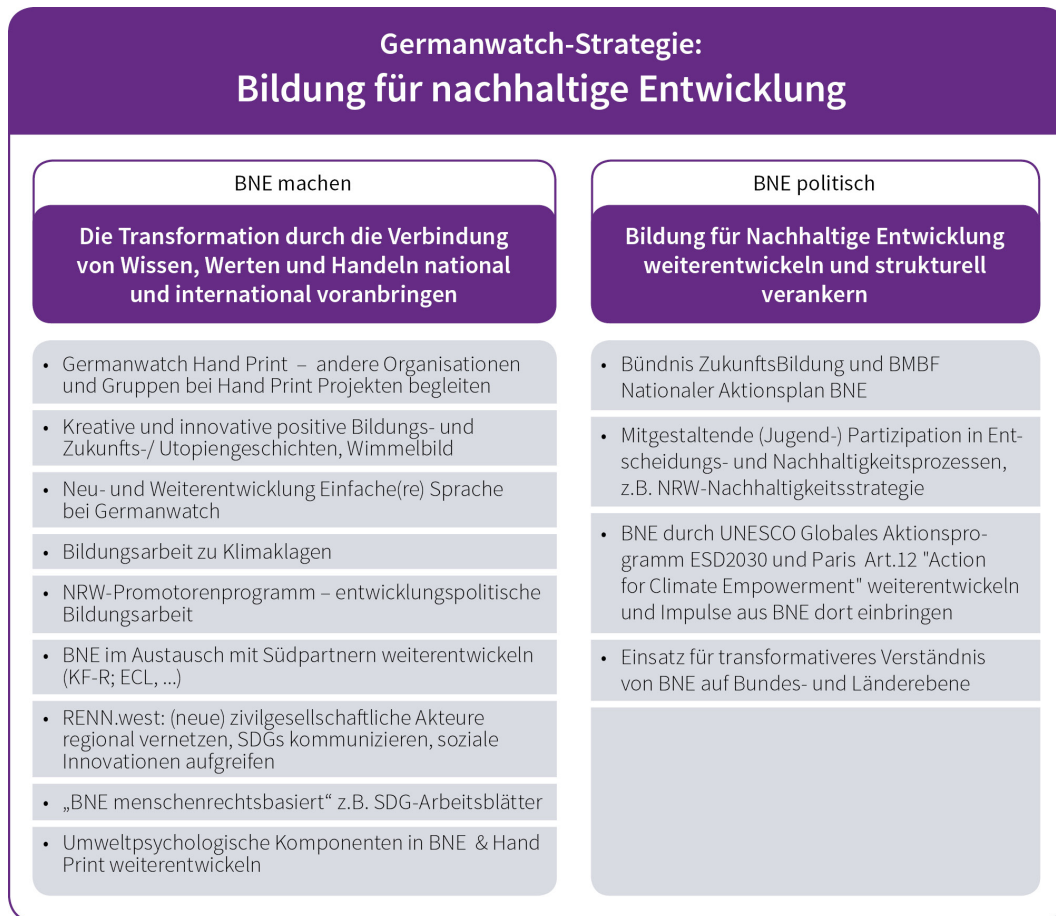
Hier ist es unsere Absicht, eine an den gemeinnützigen Zielen der menschenrechtsbasierten Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele orientierte politische Bildung für nachhaltige Entwicklung in regionalen, nationalen und internationalen Bildungsstrukturen zu verankern.

UNESCO ESD2030 und UNFCCC ACE

Hinter den zwei sperrigen Abkürzungen verbergen sich spannende internationale politische Prozesse hin zu transformativer BNE. Zum einen läuft das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung der UNESCO 2019 aus und uns waren Anmerkungen in das ab 2020 kommende UNESCO-Programm ESD2030 (Education for Sustainable Development, englisch für BNE) wichtig. Jetzt können wir die unter anderem im ESD2030-Programm entwickelten Forderungen an die Staaten nutzen, um andere nationale und internationale Bildungsprozesse weiterzuentwickeln. Derzeit zählen dazu vor allem auch die Bildungspunkte im Klimaschutzabkommen von Paris (UNFCCC ACE – Action for Climate Empowerment). Dort fordert Artikel 12 die Unterzeichnerstaaten auf, mit Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Training, Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligung der Öffentlichkeit, Zugang zu Informationen und internationale Kooperation zu diesen Themen dafür zu sorgen, dass jede_r Bürger_in und jede_r Entscheidungsträger_in das Wissen und die Beteiligungsmöglichkeiten hat, sich für Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu engagieren. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung sich hier wirksam engagiert und die Fortschritte zu diesen Themen im regelmäßigen Bericht über die Umsetzung ihrer Klimaziele darstellt.

Bündnis Zukunftsbildung und Nationaler Aktionsplan BNE

Auf nationaler Ebene haben wir uns zusammen mit dem Bündnis Zukunftsbildung sowie im Fachforum Non-formales/Informelles Lernen/Jugend der Nationalen Plattform BNE für wichtige Punkte bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für BNE dort eingesetzt, wo Fortschritte nötig sind: für den Erhalt von Jugendbeteiligung in den Gestaltungsprozessen von BNE, für eine transformative BNE, die Menschen befähigt, strukturverändernd aktiv zu werden und für BNE für Entscheidungsträger_innen.



Ausblick

Sowohl unsere Arbeit mit einfacher Sprache als auch die Arbeit mit neuen Zielgruppen wollen wir fortsetzen und ausbauen. In zukünftigen Hand-Print-Projekten sollen Faktoren, die Projekte und Kampagnen aus psychologischer Sicht wirksamer machen, mehr Beachtung finden.

Mit unseren Partnern von RENN.west wollen wir stärkere Akzente zum Einbezug von zivilgesellschaftlichen Akteuren in die Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einbringen. Mit der im Herbst 2019 kommenden Kampagne „Ziele brauchen Taten“ strebt RENN.west eine stärkere Sichtbarkeit und einen viel breiteren gesellschaftlichen Diskurs zu drängenden Nachhaltigkeitsthemen und konkreter Umsetzung an.

In der internationalen Arbeit steht nicht nur die Arbeit mit Bildungsmultiplikator_innen zum neuen BNE-Programm der UNESCO ESD2030 und zur Weiterentwicklung von Action for Climate Empowerment im UN-Klimaprozess an. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Impulse aus dem UNESCO-Prozess verstärkt für die Bildungsarbeit in Deutschland und im Süd-Nord-Bildungsaustausch genutzt werden.

Global werden wir weiter mit internationalen Bildungspartner_innen an der Verbreitung unseres politischen Hand-Print-Ansatzes arbeiten und über wirksame und ökologischere Formen von Austauschprojekten im Dialog sein, die die Beteiligten zum politischen Handeln empoweren.

Mitarbeiter_innen

	<p>Stefan Rostock Teamleiter, NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung</p>		<p>Daniela Baum Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung & Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West – RENN.west / Redakteurin</p>		<p>Cornelius Dahm (bis 01/2019) Referent Bildung für nachhaltige Entwicklung</p>
	<p>Melanie Gehenzig Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung</p>		<p>Marie Heitfeld (seit 09/2018) Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung</p>		<p>Alexander Reif Referent Bildung für nachhaltige Entwicklung</p>
	<p>Dilara Evci (bis 07/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2018/19</p>		<p>Jonas Pütz (seit 07/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2019/20</p>		

Mit Unterstützung von Stefan Küper (NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung), Helene Pinsuwan

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Martin Fliegner, Holger Voigt, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Thomas Rahne, Michael Geisler)

Praktikant_innen im Berichtszeitraum: Pascal Kimmich, Hans Kühnl, Christiane Meyer-Habighorst, Paul Wunderlich, Nana Amoah, Verena Nitschke, Lisa-Marie Schmidbauer, Leonie Schröpfer, Emily Volk

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

Pressearbeit

Kohleausstieg, CO₂-Preis-Debatte, Klimaklagen, Antibiotika-Resistenzen im Stall oder auch das Monitoring des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte – dies sind nur einige prominente Beispiele für die große Bandbreite an Themen, die Germanwatch im Berichtszeitraum kommentiert, analysiert und mit strategischer Pressearbeit vorangetrieben hat. Mit etwa 80 Pressemitteilungen sowie darüber hinaus Interviews, Gastbeiträgen und Exklusivgeschichten mit großen Medien im In- und Ausland ist es uns wiederholt gelungen, Debatten anzustoßen, zu bereichern, ihnen auch neue Richtungen zu geben. Dabei hilft uns auch eine immer bessere Verzahnung klassischer Pressearbeit und der Einsatz der sozialen Medien, insbesondere Twitter, über die wir ebenfalls immer mehr Multiplikator_innen erreichen.

Einen ersten Höhepunkt in der Pressearbeit konnten wir im November kurz vor dem G20-Gipfel gemeinsam mit den Partnern von Climate Transparency durch den Brown to Green-Report setzen. Die Bewertung der Klimaschutz-Fortschritte der G20-Staaten wurde unter anderem groß von Spiegel Online (zeitweise Aufmacher auf der Startseite), dpa, Handelsblatt und weiteren Medien aufgegriffen. Insgesamt verzeichneten wir im Inland über 200 Mediennennungen allein im Print- und Online-Bereich. Auch in vielen Regionen des Auslands war das Medienecho gut. Während des UN-Klimagipfels in Katowice erreichten wir vor allem mit dem Klima-Risiko-Index (über 800 Berichterstattungen weltweit) und wenige Tage später mit dem Klimaschutz-Index (mehr als 1.300 Berichte) sehr große Aufmerksamkeit im In- und Ausland. Aus den Indizes zitiert wurde unter anderem auch in internationalen Leitmedien wie The Guardian oder Washington Post sowie Massenmedien wie Daily Mail online, The Times of India, BuzzFeed oder The Sydney Morning Herald. Der Klimaschutz-Index schlug zudem v.a. in der irischen Politik hohe Wellen, da Irland unter den EU-Staaten am schlechtesten abschnitt. Insgesamt wurde Germanwatch während der UN-Klimakonferenz in über 3.300 Artikeln zitiert, hinzu kommen Radio- und eine ganze Reihe von TV-Beiträgen.

Beherrschende Themen bei der Pressearbeit zur deutschen Klimapolitik waren der Ausstieg aus der Kohleverstromung und eine sozialverträgliche CO₂-Bepreisung. Große Medienresonanz zu letztgenannter konnten wir vor allem mit einem gemeinsamen Brief mit Gewerkschaften und Sozialverbänden, einer Umfrage zu einer CO₂-Steuerreform und einer Vergleichsstudie zu CO₂-Preisen in anderen G20- und EU-Staaten hervorrufen. Auf EU-Ebene begleiten wir den People's Climate Case mit intensiver Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Nicht nur anlässlich der Abweisung der Klage in erster Instanz und der Berufung in zweiter Instanz war die gemeinsame Klimaklage von zehn Familien und einem Jugendverband immer wieder Thema in den Medien. Darüber hinaus war auch der „Fall Huaraz“ des peruanischen Kleinbauern und Bergführers Saúl Luciano gegen RWE erneut Gegenstand von Reportagen in großen Medien, unter anderem in den international renommierten Time Magazine³³ und The New York Times Magazine³⁴.

Mit Stichprobentests auf Antibiotika-Resistenzen in Hähnchenfleisch lösten wir im April eine breite Debatte über Antibiotika-Einsatz in der industriellen Massentierhaltung aus. Beiträge bei Frontal21, in den heute-Nachrichten (ZDF) sowie über 500 Artikel in deutschen Medien waren die Folge. Die vielen Reaktionen bei Twitter, Facebook und in den Kommentarspalten der Online-Medien zeigen, dass diese Risiken weite Teile der Bevölkerung beunruhigen. Auch das Bundeslandwirtschaftsministerium sah sich zu einer Stellungnahme genötigt. Germanwatch hat damit seine Bekanntheit auch bei diesem sowohl für Umwelt- und Entwicklungsfragen als auch für den gesundheitlichen Verbraucherschutz sehr relevanten Thema massiv steigern können. Kein anderes von uns außerhalb der Klimakonferenz in Katowice gesetztes Thema hat im Berichtszeitraum so ein großes Medienecho hervorgerufen wie dieses.

³³ <https://time.com/5415225/rwe-lliyua-climate-change>

³⁴ <https://www.nytimes.com/interactive/2019/04/09/magazine/climate-change-peru-law.html>

Die Schwächen und Lücken beim Monitoring zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte spielten auch dank unserer kontinuierlichen Pressearbeit in vielen Leitmedien immer wieder eine Rolle, so unter anderem mit Artikeln in FAZ, Handelsblatt, taz oder der Deutschen Welle. Auch eine Reihe von Medienanfragen zu diesen Themen zeigen, dass die Expertise von Germanwatch in diesem Bereich gefragt ist. Ähnlich verhielt es sich mit Recherchen zur EU-Konfliktmineralienverordnung und vielen weiteren Politikbereichen.

Insgesamt war im Berichtszeitraum ein kontinuierlich steigendes Interesse der Medien an unseren Themen zu registrieren. Nicht zuletzt durch den Sonderbericht über 1,5°C globale Erwärmung des Weltklimarats, durch zunehmende Wetterextreme auch hierzulande, Protestbewegungen wie Fridays for Future oder rund um den Hambacher Wald und die politische Debatte um Klima- und Menschenrechtsthemen ist unsere Expertise gefragter denn je – und umso wichtiger ist eine verständliche, mediengerechte und aktivierende Aufbereitung. Diese Gemengelage – die sich zuspitzende Klimakrise und die immer lauter ihre Grundrechte einfordernde junge Generation in vielen Regionen der Welt auf der einen Seite sowie die insbesondere durch den Gegenwind von der US-Regierung und Saudi Arabien wieder ins Stocken geratene internationale Klimadiplomatie auf der anderen – war auch Thema eines im Juni bei Zeit Online veröffentlichten Germanwatch-Gastbeitrags, der in den dortigen Leserkommentaren sowie bei Twitter sehr rege diskutiert wurde³⁵. In der Summe kamen wir im Berichtszeitraum auf über 8.500 Mediennennungen allein in Online-Medien (rund 30% davon im Ausland). Nicht mitgezählt sind in dieser Zahl Verweise auf Arbeiten von uns, bei denen wir nicht explizit genannt wurden. In sozialen Medien (Twitter, Facebook, Blogs) kamen wir auf rund 16.000 Erwähnungen.

Ausblick

Der schnell wachsende Handlungsdruck durch die Klimakrise und die vielschichtigen Debatten in Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit über die richtigen Wege, dieser zu begegnen, stellen auch unsere Pressearbeit vor wachsende Herausforderungen. Wie verschafft man differenzierten und komplexen Antworten in sich erheizenden Debatten Gehör? Wie unterstützt man Medien – die oft mit weniger Personal auskommen müssen – auch bei der Analyse komplizierter Vertragswerke, sei es in der Klimapolitik, bei Unternehmensverantwortung oder in Handel und Landwirtschaft? Und wie schaffen wir es, bei allen Rückschlägen und schlechten Nachrichten dennoch zu aktivieren und nicht einem Fatalismus Tür und Tor zu öffnen?

Wir wollen uns diesen Fragen mit einer Weiterentwicklung der strategischen Pressearbeit und einer Neuauflage hausinterner Fortbildungen großer Teile des Germanwatch-Teams in Fragen des Umgangs mit Medien stellen. Ziel muss sein, dass wir kompetente und von Medien geschätzte Ansprechpartner_innen bleiben, die in der Lage sind, ihre Expertise so einzusetzen, dass sie auch von der breiten Öffentlichkeit verstanden werden. Zudem wollen wir unsere Fähigkeit noch weiter verbessern, auch eigenes Agenda Setting zu betreiben und unseren Botschaften in Debatten noch mehr Gewicht zu geben. Der vergangene Berichtszeitraum hat gezeigt, dass wir hier auf einem sehr guten Weg sind, den wir mit einem weiter gewachsenen Team noch zügiger weitergehen möchten.

Mitarbeiter



Stefan Küper
Pressesprecher

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

³⁵ <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-06/un-klimaverhandlungen-bonn-germanwatch-klimaziele-zusammenarbeit>

Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen gemeinnützigen Inhalte der Germanwatch-Arbeit – über die Pressearbeit hinaus – zielgruppengerecht an eine informierte Öffentlichkeit zu vermitteln. Dies geht von der strategischen Kommunikationsplanung und deren Umsetzung bis hin zur Redaktion, Layout und Distribution. So haben wir im Berichtszeitraum – orientiert an unseren zentralen Zielen - wieder hunderte Einzelmaßnahmen umgesetzt – von Studien und Positionspapieren für Entscheidungsträger_innen über Blog-Beiträge bis hin zu Postern und Postkarten für die Bildungsarbeit.

Weiterhin wurden wieder zahlreiche Ausgaben unserer Periodika (Zeitung WEITBLICK, Unterstützer_nnen-Magazin EINBLICK, KlimaKompakt oder Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“) herausgegeben und an eine wachsende Zahl von Abonent_nnen versandt. Immer mehr Menschen verfolgen und teilen unsere Inhalte auch in den sozialen Medien und tragen so dazu bei, dass unsere Botschaften noch weiter gestreut werden (siehe Tabelle nächste Seite).

Exemplarische inhaltliche Schwerpunkte unserer Kommunikationsarbeit waren zum Beispiel:

- Deutscher und Globaler Erdüberlastungstag (www.germanwatch.org/overshoot)
- Europäische Klimaklage 'People's Climate Case' (www.peoplesclimatecase.de)
- Einsatz gegen den Missbrauch von Humanantibiotika in der Massentierhaltung (www.germanwatch.org/de/16440)
- Weltklimagipfel in Katowice (www.germanwatch.org/de/cop24) und viele andere mehr.



Eine kleine Auswahl von Produkten der Germanwatch-Öffentlichkeitsarbeit.

Wir danken allen Autor_innen, Redakteur_innen, Grafiker_innen, Illustrator_innen, Programmierer_innen, Layouter_innen, Übersetzer_innen und anderen Dienstleister_innen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Inhalte der Germanwatch-Arbeit gut in der Öffentlichkeit zu präsentieren!

Tabelle: Übersicht Abonnent_innen und Publikationen – Vergleich mit Vorjahreszahlen

	2019	2018	2017	2016	2015
Ausgaben der Zeitung WEITBLICK (Auflage je ca. 100.000)	4 (2. und 3. Ausgabe erscheinen im Oktober und November)	3	4	3	3
Weitblick-Abos	14.749	14.593	14.414	14.166	13.946
KlimaKompakt-Abos	8.938	8.493	7.983	7.608	7.281
Kurznachrichten-Abos	4.327	3.641	3.135	2.605	2.184
Facebook Likes	6.055	4.692	3.900	2.790	1.750
Twitter Follower	5.030	3.290	/	/	/

Stand: jeweils August des Berichtsjahres

Service

Kostenlose Abos (Zeitung WEITBLICK, Newsletter Kurznachrichten, KlimaKompakt):

www.germanwatch.org/abos

Publikationen bestellen/herunterladen: www.germanwatch.org/de/publikationen

Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/de/presse

Veranstaltungen: www.germanwatch.org/de/termine

Aktiv werden (Termine, Petitionen, Tipps etc.): www.germanwatch.org/aktiv-werden

Blog- & Videobeiträge: www.germanwatch.org/blog







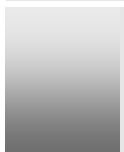

Facebook: www.facebook.com/germanwatch

Youtube: www.youtube.com/germanwatch

Twitter: www.twitter.com/germanwatch

LinkedIn: www.linkedin.com/company/germanwatch

Mitarbeiter_innen

 Hanna Fuhrmann Teamleiterin	 Pascal Molinario Teamleiter	 Rebekka Hannes (bis 05/2019) Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit
 Janina Longwitz (seit 08/2019) Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit	 Hannah Safaei Rad-Schäfer Volontärin Spenderbetreuung und Kommunikation	 Caroline Schroeder Referentin für Klimaklage-Kommunikation
 Konrad Brambach (bis 07/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2018/19	 Marvin Müller (seit 07/2019) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2018/19	

Mit Unterstützung von Gerold Kier, Daniela Baum, Ljiljana Djuric und Andrea Taubert

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit ausgewählten Organisationen, Partner_innen und Persönlichkeiten zusammen. Die Vernetzung ist wichtiger Teil unserer Arbeitsweise: Einerseits, weil wir viel durch die Dialogpartner_innen, ihre Kompetenz und Perspektive lernen. Andererseits, weil wir somit oft politische Forderungen unterstützen, die durch ein breites Bündnis von Organisationen getragen werden. Dadurch können wir viele Verstärkungseffekte für die gemeinwohlorientierten Ziele, für die wir uns einsetzen, erzielen. Wir können aber auch mit unserer Expertise andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-Mitarbeiter_innen oder Vorstandsmitglieder bei folgenden Partnerorganisationen oder Plattformen inne:

Climate Action Network (CAN) | CAN Int. +++ CAN EU +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO2GeoNet +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Klima-Allianz +++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

In vielen dieser Netzwerke sind wir schwerpunktmäßig mit einzelnen unserer politischen Teams aktiv (siehe Kap. C). Andere haben eine teamübergreifende Relevanz, etwa SDSN Germany oder die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. In beiden sind wir mit unserem Vorstandsvorsitzenden Klaus Milke im Lenkungsgremium vertreten, der uns im Kontext der Weiterentwicklung und Konkretisierung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung zudem in den Nachhaltigkeits-Dialoggruppen des Kanzleramtes und den Dialogforen von BMU und BMZ vertrat.

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Allianz für Weltoffenheit +++ Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Erlassjahr.de +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tckctck Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Greenskies +++ Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ Transform +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) +++ Zukunftsrat Hamburg

Arbeitsgruppen, Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch e.V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch einzelne strategische Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Mehr als 30 Zustifter_innen haben inzwischen den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert. Die Stiftung steht seit 2015 für die Anwalts-, Gerichts- und Gutachtenkosten ein, die die Klimaschutzklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE verursacht. In den letzten drei Jahren hat die Stiftung zudem eine zentrale Rolle gespielt, um die Stiftungsplattform F20 zu etablieren – ein internationales Netzwerk von Stiftungen, welche die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und eine Umsetzung der 2030-Agenda mit den SDGs auf die G20-Länder fokussiert voranbringen will.

Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle Unterstützer_innen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies nicht auf dem Wege einer zeitnah zu verbrauchenden Spende an Germanwatch e.V., sondern mit einer Zustiftung machen möchten.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle Verbraucher_innen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in dieser Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums die Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



www.germanwatch.org



**STIFTUNG
ZUKUNFTSFÄHIGKEIT**

www.stiftungzukunft.de



www.germanwatch.org/stiftung

nachdenken • klimabewusst reisen



www.atmosfair.de

E Finanzbericht – Kalenderjahr 2018

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Das Jahresergebnis 2018 weist erfreulicherweise einen Überschuss in Höhe von 99.372,30 Euro auf. Ein solcher Überschuss ist für Germanwatch von großer Bedeutung. Er erlaubt es der Organisation eine gewisse Rücklage zu bilden, die immer wieder einmal notwendig ist als Liquiditätspuffer, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung treten zu können. Ideal wäre es, wenn eine Organisation wie Germanwatch Rücklagen in Höhe der Ausgaben von mindestens 4-6 Monaten vorhalten könnte. Dies ist wichtig für die Arbeitsplatzsicherheit unserer Mitarbeitenden und für verbindliche Vertragszusagen wie Mietverträge. Mit dem Jahresergebnis 2018 steigen die Rücklagen von Germanwatch erfreulicherweise auf knapp über 800.000 € an, was in etwa den Ausgaben von zwei Monaten entspricht. Es ist sehr erfreulich, dass Germanwatch diese Rücklage während der vergangenen Jahre kontinuierlich erweitern konnte, wie auch 2018.

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2018 betragen 5.068.836,34 Euro (+ 32,9 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 94,5 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Gegenüber 2017 ist der Umfang des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ um 142,8 % angewachsen, während der Anteil der Projekte im „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ um 36,2 % zurückgegangen ist. Die Zuordnung zu den verschiedenen wirtschaftlichen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z. B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Bei der Höhe der Einnahmen ist zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen zur Weiterleitung an Partner für deren Arbeit in Kooperationsprojekten bestimmt ist („externe Projektarbeit“ in Tab. E.1). Beispiele hierfür sind die von Engagement Global aus Mitteln des BMZ geförderten Projekte zu Multiakteurspartnerschaften, bei denen wir mit Partnerorganisationen im Ausland zusammenarbeiten. Zieht man die Einnahmen für externe Projektarbeit ab, betragen die Gesamteinnahmen von Germanwatch im Jahr 2018 insgesamt 4.386.674,40 €.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen Anstieg auf 82.379,42 Euro aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahl (von 703 auf 761 im Jahr 2018). Ein deutliches Plus konnten wir im Bereich der Spendeinnahmen verzeichnen: Die allgemeinen und zweckgebundenen Spenden stiegen um rund 84,1 % auf insgesamt 471.203,14 Euro. Dies ist sowohl auf ein sehr erfreuliches Plus allgemeiner (d.h. nicht zweckgebundener) Spenden (+96,9 %) sowie zweckgebundener Spenden (+76,4 %) zurückzuführen. Bei den zweckgebundenen Spenden handelt es sich überwiegend um Projektgelder, die Germanwatch von Stiftungen wie beispielsweise der Barthel Stiftung oder der Stiftung Neue Energie (GLS Treuhand) sowie der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhielt.

Die Mitgliedsbeiträge und allgemeine Spenden machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil aus. Diese nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir nutzen sie z. B., um

schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren oder kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit von Germanwatch zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für eine hohe Wirksamkeit der Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden – hierzu zählen beispielsweise Aktivitäten, mit denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spender_innen, allen Zuschussgebern (vgl. Tab E.2) sowie Zustifter_innen der Stiftung Zukunftsfähigkeit gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleisteten ehrenamtlichen Beiträge und die ausdauernden Anstrengungen unserer Mitarbeiter_innen, Freiwilligen und Praktikant_innen, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen, also die Ausgaben nach den bei uns relevanten Tätigkeitsbereichen. Mit einem Umfang von 4.561.185,41 €, dies entspricht 91,6 % der Gesamtausgaben, entfällt der weitaus größte Bereich der Arbeit von Germanwatch auf Projektarbeit. Diese Arbeit wird von unseren fünf politischen Fachteams geleistet: Internationale Klimapolitik (39,3 % der gesamten Ausgaben), Deutsche und Europäische Klimapolitik (25,2 %), Bildung für Nachhaltige Entwicklung (13,0 %), Unternehmensverantwortung (6,2 %), Welternährung, Landnutzung und Handel (5,2 %). Zusätzlich entfallen 2,7 % auf teamübergreifende Projektaktivitäten, wobei auch im Rahmen der meisten anderen Projektaktivitäten eine regelmäßige teamübergreifende Kooperation erfolgt.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil nach wie vor die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen 2.759.071,65 Euro (entspricht circa 56 % der Gesamtausgaben aus laufender Tätigkeit) ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit.

In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Unsere Arbeit soll vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im globalen Süden, zu Gute kommen. Hierfür konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des globalen „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen. Und dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z. B. Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland finanzieren. Im Jahr 2018 gab es gegenüber dem Vorjahr bei den Personalkosten einen Anstieg – dieser war primär durch mehr Projektaktivitäten und den damit verbundenen größeren Arbeitsumfang einer gestiegenen Anzahl von hauptamtlichen Mitarbeiter_innen begründet.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2018 weist einen Überschuss in Höhe von 99.372,30 Euro auf (Vorjahr +167.177,45 Euro). Damit können wir die o.g. wichtigen Signale für höhere Arbeitsplatzsicherheit an die Mitarbeiter_innen geben, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist, und den eingangs beschriebenen, erforderlichen Liquiditätspuffer in einer an die gewachsene Größe der Organisation erforderlichen Höhe sicherstellen.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die *Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen*, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2018 wurde von der Reinhardt & Weckbecker Steuerberatungsgesellschaft mbH in enger Zusammenarbeit mit Germanwatch erstellt. Das Ergebnis sowie die Unterlagen 2018 wurden durch die von der Mitgliederversammlung gewählten Kassenprüfer_innen Ute Zander und Jürgen Daamen am 02.07.2019 im Bonner Büro geprüft und führte erneut zu keinen Beanstandungen. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2017 über Körperschaftssteuer vom 03.01.2019 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2018 und Vergleich zu 2017 für Ideellen Bereich, Zweckbetrieb, steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (WGB) und Vermögensverwaltung

A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Miet- und Zinseinnahmen)	2017	2018
<u>Ideeller Bereich:</u>		
1. Mitgliedsbeiträge	80.822,62 €	82.379,42 €
2a. Spenden allgemein	95.399,01 €	187.827,22 €
2b. Spenden projektbezogen	160.606,02 €	283.375,92 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	- € ³⁶
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	2.871.811,92 €	3.958.627,09 €
5. Einnahmen CorA-Netzwerk	37.143,35 €	37.628,02 €
6. Sonstige Einnahmen	55.919,79 €	11.287,40 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	95.202,80 €	231.152,80 €
8. Einnahmen WGB (wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb)	313.861,32 €	200.134,25 €
SUMME	3.720.766,83 €	4.992.412,12 €
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Miete und Nebenkosten Geldverkehr)		
<u>Ideeller Bereich:</u>		
9. Löhne und Gehälter	1.647.429,80 €	2.112.747,72 €
10. Soziale Abgaben	312.754,26 €	403.086,99 €
11. Fremdhonorare	359.537,42 €	535.882,09 €
12. Miete / Mietnebenkosten	108.982,44 €	111.202,58 €
13. Abgaben / Versicherungen	4.678,66 €	6.496,04 €
14. Beiträge	10.172,30 €	10.098,46 €
15. Reisekosten	213.117,83 €	293.026,16 €
16. Instandhaltungen und Kleingeräte	33.475,62 €	28.847,59 €
17. Abschreibungen	16.279,08 €	39.776,81 €

³⁶ Die Förderung durch die Stiftung Zukunftsfähigkeit für das Jahr 2018 in Höhe von 10.000 Euro wird ergebniswirksam in 2019 verbucht.

18. Porto	35.206,29 €	28.138,91 €
19. Telefon / Internet	9.096,89 €	10.890,06 €
20. Kopier- und Faxkosten	13.761,87 €	17.395,56 €
21. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	153.458,69 €	118.760,21 €
22. externe Projektarbeit ideell	202.616,52 €	682.161,94 €
23. CorA-Netzwerk	23.805,23 €	20.453,01 €
24. Bürobedarf	4.518,13 €	12.476,14 €
25. Bücher und Zeitschriften	3.758,46 €	4.072,32 €
26. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	19.576,19 €	21.329,03 €
27. Sonstiges	10.301,00 €	27.572,38 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
28. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	87.731,44 €	224.133,38 €
29. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	270.383,68 €	182.639,69 €
SUMME	<u>3.138.308,02 €</u>	<u>3.540.641,80 €</u>
C. Laufendes Ergebnis	180.125,03 €	101.225,05 €
D. Einnahmen Vermögensverwaltung		
30. Zinseinnahmen	1.911,87 €	797,19 €
31. Miet- und Pachterträge	91.766,46 €	75.627,03 €
E. Ausgaben Vermögensverwaltung		
32. Nebenkosten des Geldverkehrs	1.678,94 €	1.014,17 €
33. Anteilige Miete für Untermieter	91.763,00 €	73.001,65 €
F. Ertragsteuerneutrale Posten	-13.183,97 €	-4.261,15 €
G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	<u>167.177,45 €</u>	<u>99.372,30 €</u>
Gesamtergebnis 2018	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>
Ideeller Bereich	4.561.125,07 €	4.484.414,00 €
Ertragsteuerneutrale Posten	- €	4.261,15 €
Vermögensverwaltung	76.424,22 €	74.015,82 €
Zweckbetrieb	231.152,80 €	224.133,38 €
WGB	200.134,25 €	182.639,69 €
Summe	<u>5.068.836,34 €</u>	<u>4.969.464,04 €</u>

Tab. E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017

Zuschüsse privater Geber	<u>2017</u>	<u>2018</u>
European Climate Foundation (ECF)	230.724,37 €	318.031,90 €
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst	286.970,57 €	268.744,14 €
Stiftung Mercator	249.744,43 €	173.453,27 €
Misereor	25.826,35 €	52.558,96 €
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) über Uni Göttingen	33.716,09 €	47.289,91 €
Agrarbündnis	- €	27.215,92 €
Wallace Global Fund	- €	16.957,78 €
Humboldt-Viadrina Governance Platform	126.036,00 €	- €
Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	6.396,00 €	- €
Verbraucherzentrale Bundesverband	6.101,31 €	- €
Sonstige	4.486,44 €	5.249,12 €
	<u>970.001,56 €</u>	<u>909.501,00 €</u>

Davon wurden in 2018 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 263.739,63 einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse öffentlicher Geber	<u>2017</u>	<u>2018</u>
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über Engagement Global (EG)	552.366,75 €	1.314.168,43 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)	560.155,25 €	523.126,61 €
BMU über Umweltbundesamt (UBA)	169.553,86 €	282.844,00 €
GIZ über World Resources Institute (WRI)	- €	248.103,00 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	160.863,69 €	200.017,89 €
Auswärtiges Amt	17.013,00 €	112.263,00 €
BMU über Humboldt-Viadrina Governance Platform	- €	73.252,51 €

Land Berlin über Stiftung Nord-Süd-Brücken	42.898,27 €	49.801,73 €
Bundeskanzleramt	41.192,17 €	49.059,35 €
GIZ über Munich Climate Insurance Initiative (MCII e.V.)	53.789,88 €	47.440,00 €
BMZ/ Engagement Global/ Staatskanzlei NRW über Eine-Welt-Netz NRW	45.750,00 €	45.750,00 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	153.003,07 €	27.776,81 €
BMZ über Bonn International Center for Conversion (BICC)	76.818,00 €	27.478,00 €
BMU/UBA über ReUse e.V.	14.810,82 €	22.096,18 €
Sonstige	335,60 €	6.568,58 €
	<u>1.888.550,36 €</u>	<u>3.029.746,09 €</u>

Davon wurden in 2018 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 235.267,93 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b. Projektbezogene Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017

Zweckbetrieb	2017	2018
Humboldt-Viadrina Governance Platform	- €	109.184,92 €
Lightcycle	42.750,00 €	57.936,92 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	17.340,00 €	19.890,00 €
Atmosfair gGmbH	15.130,00 €	16.960,00 €
Land Rheinland-Pfalz, Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen bei der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft RLP	11.114,05 €	11.175,00 €
Sonstige Einnahmen	8.868,75 €	16.005,96 €
	<u>95.202,80 €</u>	<u>231.152,80 €</u>

Davon wurden in 2018 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 0,00 Euro einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2c. Projektbezogene Einnahmen im WGB im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	2017	2018
Empowered UG (ehemals: Renewables Grid Initiative (RGI))	111.000,00 €	107.791,54 €
Climate and Development Knowledge Network (CDKN)	144.121,57 €	35.158,09 €
New Climate Institute	22.400,00 €	22.250,00 €
Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Jordanien	- €	13.000,00 €
Ecofys Germany GmbH	- €	11.000,00 €
European Climate Foundation (ECF)	30.902,22 €	- €
Sonstige Einnahmen	5.437,53 €	10.934,62 €
	<u>313.861,32 €</u>	<u>200.134,25 €</u>

Davon wurden in 2018 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 52.327,94 Euro einkommensneutral behandelt.

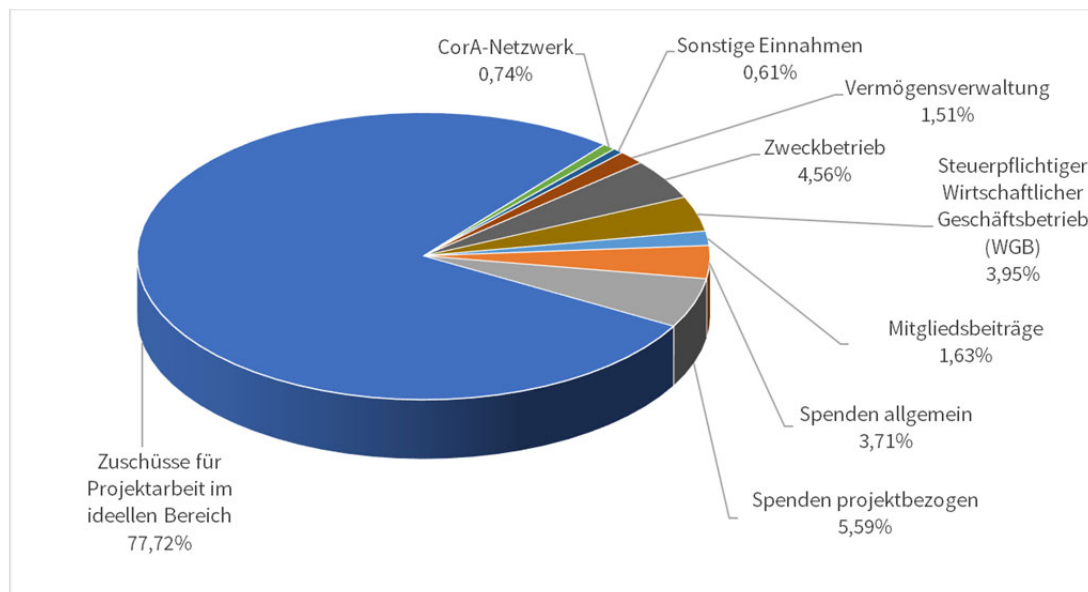


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2018

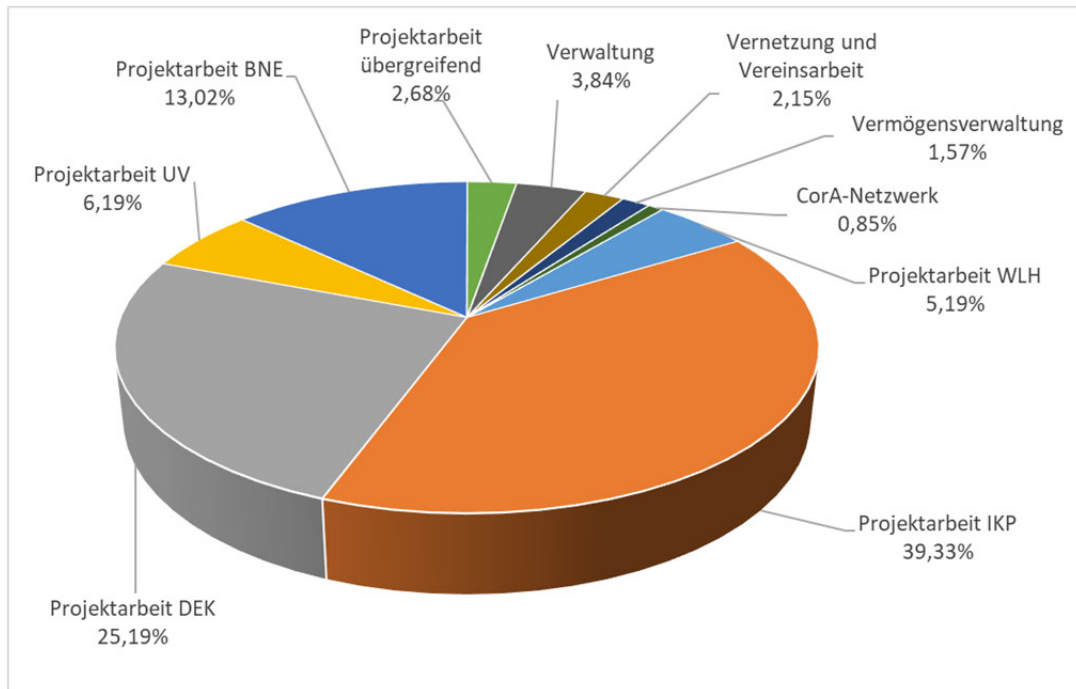


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2018 – aufgeschlüsselt auf die Teams bzw. Arbeitsbereiche

Erläuterungen: Der Posten "Verwaltung" enthält Verwaltungsausgaben, die nicht aufgrund von Bestimmungen einzelner Zuschussgeber direkt der Projektarbeit zugeordnet wurden. Der Posten "Vermögensverwaltung" enthält auch anteilige Mietkosten bei Untervermietung.

Abkürzungen: IKP = Internationale Klimapolitik, DEK = Deutsche und EU-Klimapolitik, WLH = Welternährung, Landnutzung und Handel, UV = Unternehmensverantwortung, BNE = Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Das CorA-Netzwerk wurde separat ausgewiesen – Germanwatch leistet seit dem 23.12.2010 die Finanzverwaltung dieses Zusammenschlusses zahlreicher Organisationen, die zum Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten (darunter auch Germanwatch), und der keine eigene Rechtspersönlichkeit hat.

Tab. E.3: Bilanz 31.12.2018 und Vergleich zum 31.12.2017

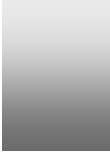

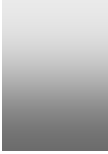



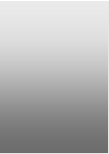

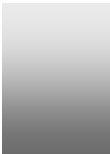
AKTIVA	2017	2018
A. <u>Sachanlagevermögen</u>		
1. Software	1.796,50 €	484,00 €
2. Büroeinrichtung	1.237,50 €	850,00 €
3. Computeranlagen	18.232,00 €	11.597,50 €
4. Einbauten in fremde Grundstücke	21.623,00 €	18.105,00 €
5. Sonstige Betriebsausstattung	7.473,00 €	3.587,00 €
5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	- €	- €
6. GWG Sammelposten	3,00 €	3,00 €
	<u>50.365,00 €</u>	<u>34.626,50 €</u>
B. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Sonstige Ausleihungen	40.844,12 €	40.848,20 €
C. <u>Umlaufvermögen</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	295.193,39 €	479.753,44 €
2. Sonstige Vermögensgegenstände	155.526,40 €	159.265,97 €
3. Flüssige Mittel	845.496,91 €	1.331.099,53 €
	<u>1.296.216,70 €</u>	<u>1.970.118,94 €</u>
D. <u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u>	255,00 €	1.200,00 €
<u>Summe Besitzposten</u>	1.387.680,82 €	2.046.793,64 €

PASSIVA

E.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	601.842,78 €	701.215,08 €
	b) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	150.963,79 €	150.963,79 €
		752.806,57 €	852.178,87 €
F.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	- €	- €
	Sonstige Rückstellungen	6.000,00 €	6.500,00 €
G.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	104.589,78 €	329.535,56 €
	3. Sonstige Verbindlichkeiten	53.097,76 €	133.316,27 €
H.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	464.474,45 €	718.550,68 €
	<u>Summe Schuldposten</u>	1.387.680,82 €	2.046.793,64 €
	<u>Vermögen des Vereins</u>		
	Vermögen des Vereins 2017		752.806,57 €
	Jahresüberschuss 2018		99.372,30 €
	Vermögen des Vereins 2018		852.178,87 €

Mitarbeiter_innen

Leitung: Dr. Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer)

 Ljiljana Djuric Sekretariat und Projektassistenz	 Carolin Becher Finanzreferentin	 Karsten von Berg (seit 01/2019) Koordinator für IT und Infrastruktur
 Heike Blankenstein (seit 09/2018) Projektfinanz- controllerin	 Dr. Anja Carolin Gebel (seit 10/2018) Projektfinanz- controllerin	 Ulrike Koll Finanzreferentin
 Lisa Meier Finanzreferentin	 Nils Pohl (seit 05/2018) Koordinator für Büro- technik, IT, Infrastruktur und Personalwesen	 Andrea Taubert Sekretariat und Projektassistenz
 Heike Zbick Finanzreferentin		

Mit Unterstützung von Judit Mays, Helene Pinsuwan sowie unseren Freiwilligen (Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Bundesfreiwilligendienst): Konrad Brambach, Dilara Evcı, David Gorré, Kelly Heau, Violeta Helling, Yousef Mashow, Leon Möllney, Marvin Müller, Emma Opfer, Jonas Pütz, Thalia Tattoni, Gereon tho Pesch

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter **www.germanwatch.org** oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D- 53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D- 10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.
Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.